ERSTER TEIL

ENTSTEHUNG DES VIERJAHRESPLANS

I. ALLGEMEINE HINTERGRÜNDE

Im Gegensatz zum Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem die Industrieländer einen kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten, war die Zeit zwischen den Kriegen von schweren wirtschaftlichen Krisen geprägt, die vor allem in Deutschland eine politische Demokratisierung sehr erschwerten und schließlich sogar zunichte machten. Nach Weltkrieg, Staatsbankrott, Inflation und der damit verbundenen Enteignung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten folgten zunächst ab 1924 einige Jahre wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung und politischer Konsolidierung. Die Zeit relativer Ruhe und Stabilität endete aber schon 1929 und wurde durch eine Wirtschaftskrise bisher unbekannten Ausmaßes abgelöst, in deren Verlauf in allen Industrieländern Produktion und Volkseinkommen schrumpften und Millionen dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben wurden.

Neben den Vereinigten Staaten wurde Deutschland am härtesten von der Krise getroffen. Der Produktionsindex der gesamten deutschen Industrie war 1932/33 auf die Hälfte des Standes von 1927/28 abgesunken, die Erzeugung von Investitionsgütern betrug 1932 nur noch ein Drittel des Jahres 1928. Mit diesem Verfall der binnenländischen Produktionskraft, der sich am krassesten im Sechsmillionen-Heer der Arbeitslosen manifestierte, korrespondierte der Niedergang der weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Gerade dieser Umstand sollte für den späteren Vierjahresplan von besonderer Bedeutung werden. Die Werte der Welthandelsumsätze sanken von 284,1 Mrd. RM im Jahre 1929 auf 109,8 Mrd. RM 1932. Selbst bei Berücksichtigung des gleichzeitigen Preisverfalls war der Rückgang der Volumina noch recht beträchtlich. Legt man die Preisbasis von 1913 zugrunde, so betrug er 26%. Die Entwicklung in Deutschland verlief entsprechend: 1929 betrug der Wert des Außenhandels 26,9 Mrd. RM, 1932 noch 10,4 Mrd. RM¹. Der Niedergang des Welthandels wurde durch die wirtschaftliche Krise in Deutschland in hohem Maße mitverursacht, da das Reich nach Großbritannien und den USA der drittgrößte Importeur der Welt war, dessen Einfuhrdrosselung während der Krisenjahre einen Schrumpfungsprozeß in anderen Ländern förderte.

Dieser Verfall wirkte sich in Deutschland besonders stark aus, da ein erheblicher Teil der deutschen Arbeiterschaft für den Export arbeitete, zum anderen der Welthandel für die deutsche Wirtschaft – im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten – zur Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln lebensnotwendig war. Die Reduzierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen traf Deutschland um so mehr, als der Grad seiner Selbstversorgung sich nach dem Weltkrieg stark vermindert hatte. Neben der steigenden Bevölkerungszahl wirkten sich hierbei vor allem die Gebietsverluste aufgrund des Versailler Vertrages aus. Sie bedeuteten den Verlust

¹ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, S. 126.

von 75% der Eisenerzerzeugung, 26% der Bleierzproduktion und von 7% der Industriebetriebe. Besonders schwerwiegend waren die Folgen auf dem Gebiet der Ernährung durch die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete in Posen und Westpreußen. 18% der Kartoffel- und 17% der Roggenernte, 17% der Gersten-, 13% der Weizen- und 11% der Hafererträge gingen verloren².

Diese Verluste waren wirtschaftlich keine Gefahr, solange bei funktionierendem Welthandel Deutschland so viel exportieren konnte, daß es die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel finanzieren konnte. Diese Bedingungen waren bis 1929 gegeben. Allerdings wurden bereits in den Jahren davor immer wieder auftretende Handelsbilanzdefizite zum Teil mit Hilfe von Kapitalimporten ausgeglichen. In der Weltwirtschaftskrise verminderte sich die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit jener Länder, die bislang deutsche Exportgüter bezogen hatten, und es hätte eine gefährliche Versorgungslage entstehen müssen, wenn nicht auch der deutsche Importbedarf drastisch gesunken wäre. Die Regierungen der Krise konnten es sich sogar noch erlauben, durch dirigistische Maßnahmen vielfacher Art im Interesse und auf Druck der deutschen Landwirtschaft hin die Deflation der Weltnahrungsmittelpreise vom deutschen Markt fernzuhalten. Vorübergehende Devisenzuteilungen des Jahres 1931 erwiesen sich zunächst noch als unnötig, da der Devisenbedarf für Importe angesichts der gesunkenen Einkommen und der Abschirmung des Binnenmarktes die Devisenerlöse aus den Exporten nicht überstieg.

Zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung befand sich die Wirtschaft noch immer auf dem 1932 erreichten Höhepunkt der Krise, wenn sich auch da und dort vereinzelte Anzeichen einer allmählichen Besserung zeigten. Sechs Millionen Arbeitslose umschrieben den engen wirtschaftlichen Handlungsspielraum des neuen Regimes und bestimmten die einzuschlagende Wirtschaftspolitik. Jede Vergrößerung der staatlichen Nachfrage mußte die Zahl der Arbeitslosen verringern, brachte politischen Prestigegewinn und ließ sich zugleich für Zwecke der Aufrüstung nutzen. Es mangelte dabei nicht an Ideen, da in den beiden Jahren davor eine Reihe von Entwürfen für Arbeitsbeschaffungsprogramme vorgelegt worden waren, von denen der Gereke-Plan unter Schleicher bereits praktische Bedeutung erlangt hatte.

Die neue Regierung war jedoch in den ersten Monaten auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wenig aktiv, obwohl Hitler schon am 1. Februar 1933 ein Vierjahres-Programm angekündigt hatte: "Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation unserer Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungsund damit Lebensgrundlage der Nation. Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit."³ Die wichtigste Entscheidung war die Ausrichtung des 600-Millionen-Programms des Reichs-

² Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1921/22, S. 22 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1923, S. 18 ff.

³ Rede Hitlers am 1. Februar 1933, zitiert nach Schultheβ' Europäischer Geschichtskalender 1933, S. 36.

kommissars für Arbeitsbeschaffung, Gereke, auf rüstungswirtschaftliche Projekte. Für weitergehende Maßnahmen suchte sich Hitler vorher der Unterstützung der Großindustrie zu versichern, die bislang gegenüber direkter Arbeitsbeschaffung eine ablehnende Haltung eingenommen hatte. Erst im Sommer 1933 wurde deshalb mit dem Reinhardt-Plan - benannt nach dem Staatssekretär im Reichsfinanzministerium - eine eigene nationalsozialistische Politik der Arbeitsbeschaffung begonnen, die im Herbst des Jahres um das große Autobahnprogramm erweitert wurde. Trotzdem betrugen die öffentlichen Investitionen 1933 nur 60% derjenigen von 1928; 1934 wurden sie dann mit der beginnenden Aufrüstung entscheidend ausgeweitet, so daß das Volumen der Jahre vor der Weltwirtschaftskrise überschritten wurde⁴. Die expansive Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungspolitik - die Hauptursache dafür, daß der Staat schon 1934/35 15% des Volkseinkommens für seine Investitionen beanspruchte - und die allmähliche Konjunkturbelebung im In- und Ausland führten zu einem raschen Absinken der Arbeitslosenziffern. Alle diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen zwischen 1933 und 1936 wurden später propagandistisch zum ersten Vierjahresplan umgedeutet und als Vorläufer des zweiten Vierjahresplans interpretiert.

Die Rüstungspolitik und der Kampf gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise haben die staatlichen Interventionen im Wirtschaftsleben auf ein bis dahin unbekanntes Maß gesteigert. Es wäre jedoch falsch, anzunehmen, daß erst mit den Nationalsozialisten jene Entwicklung begonnen hätte, die schließlich bei der Verschmelzung der wichtigsten Zweige der Großindustrie mit dem Apparat der staatlichen Wirtschaftspolitik endete. Dieser Prozeß ist vielmehr in dem größeren Zusammenhang des Wandels vom liberalen Konkurrenzkapitalismus des 19. Jahrhunderts zum monopolisierten und kartellierten Wirtschaftssystem der Zwischenkriegsjahre zu sehen, das immer stärkerer Eingriffe des Staates bedurfte, um nicht an den ihm immanenten Konjunkturkrisen zugrunde zu gehen.

Die direkten Eingriffe in den Produktionsbereich erfolgten zunächst vor allem bei der Landwirtschaft. Träger der Agrarlenkung wurde der 1933 geschaffene Reichsnährstand, der Produktion und Verteilung regelte. Durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen wurde die Marktordnung perfektioniert, so daß der unternehmerische Spielraum des Landwirts einschließlich des Verfügungsrechts über seinen Betrieb mehr und mehr zusammenschmolz. Eine industrielle Lenkung wurde zunächst nur zögernd aufgebaut und erreichte niemals die Vollständigkeit wie im landwirtschaftlichen Sektor. 1933 wurden vor allem Eingriffsmöglichkeiten in das Investitionsgebaren der Unternehmen geschaffen. Dazu kamen Produktionsauflagen, um die Verwendung heimischer Roh- bzw. Ersatzstoffe zu fördern. Einer der Gründe war, daß der Weltmarkt nach 1933 deutsche Exportgüter nicht in dem Maß aufnahm, wie es für die Finanzierung der benötigten Agrar- und Rohstoffimporte notwendig gewesen wäre. Neben der Rohstoffknappheit zeigten sich nach Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit Engpässe auf dem Arbeitsmarkt (vor allem

⁴ Hierzu René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-1939 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958, S. 25.

bei spezialisierten Fachkräften) und in einzelnen Bereichen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Bei den gegebenen politischen und rüstungswirtschaftlichen Zielen des Regimes wurden damit immer weitere staatliche Eingriffe in Produktion und Verteilung notwendig.

Die großen wirtschaftspolitischen Aufgaben im Inland hatten 1933 die Fragen der Außenwirtschaft in den Hintergrund gedrängt. Bald aber zeigte sich, daß die Teilregulierung der Binnenwirtschaft und einige improvisierte Eingriffe in die Außen- und Devisenwirtschaft auf die Dauer unzureichend waren, um den wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu sichern. Mit den vielfältigen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und vor allem der bald einsetzenden Rüstung stieg der Rohstoffbedarf der Unternehmen und die kaufkräftige Nachfrage der Konsumenten rasch an. Millionen wurden wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert und entfalteten eine verstärkte Nachfrage, die sich zu einem großen Teil auf Nahrungsmittel erstreckte. Dem wirtschaftlichen Aufschwung der Jahre 1933/34 entsprach keine entsprechende Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Verflechtungen⁵. Die isolierte Binnenkonjunktur in Deutschland – sollte sie nicht bald zum Scheitern verurteilt sein – erforderte deshalb neue Wege, um die nunmehr auftretende Lücke in der Versorgung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu schließen.

Der wichtigste Versuch hierzu war der 1934 von Schacht inaugurierte "Neue Plan", der bereits auf einigen Bewirtschaftungsmaßnahmen aus dem Jahre 1931 aufbauen konnte. Die wichtigsten Folgen und Merkmale des "Neuen Planes" bestanden in der Bilateralisierung des gesamten Außenhandels, in der quantitativen Importbeschränkung im Hinblick auf "volkswirtschaftlich notwendige" Einfuhren, in der Ausfuhrförderung durch ein kompliziertes System partieller Abwertungen und in der Umschichtung der Handelsströme von Westeuropa und Nordamerika nach Ost- und Südeuropa und Südamerika⁶.

Obwohl auf die Außenwirtschaft beschränkt, bestanden zwischen diesem Schacht'schen Wirtschaftsprogramm und dem späteren Vierjahresplan wichtige Zusammenhänge. Der "Neue Plan" zeigte der Staatsführung zunächst einmal die Möglichkeit, eine Volkswirtschaft gegen den weltwirtschaftlichen Trend zu steuern. Damit wurden Erfahrungen gesammelt, die später dem Vierjahresplan – der die Herauslösung Deutschlands aus dem weltwirtschaftlichen Verbund noch konsequenter fortsetzen sollte – zugute kamen. Wichtiger war jedoch, daß bereits mit dem "Neuen Plan" die deutsche Wirtschaft über die behördliche Steuerung eines zentralen Bereiches, der Außenwirtschaft, staatlicher Kontrolle unterworfen wurde. Damit konnte schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt die Priorität rüstungswichtiger und anderer vom Staat gewünschter Einfuhren gesichert und über die staatliche Zuteilung der importierten Rohstoffe an die Unternehmer die Produktion im Inland beeinflußt werden.

⁵ Das Welthandelsvolumen stieg von 1932 bis 1933 nur um 2 % auf 157,7 Mrd. RM zu Preisen von 1913, verharrte also praktisch weiter auf dem Krisentiefstand. Hierzu Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936, S. 126*.

⁶ Siehe hierzu René Erbe, a. a. O., S. 71 ff.

Der Neue Plan unterschied sich von der Wirtschaftspolitik der vorausgegangenen Jahre bereits dadurch, daß er über punktförmige Eingriffe hinaus ein größeres Gesamtkonzept - die Hinordnung der Wirtschaft zu den staatlichen Zielen der Rüstung und der Absicherung der Binnenkonjunktur – erkennen ließ und zugleich neue Instrumente der Steuerung unter Beibehaltung des Privateigentums an Produktionsmitteln schuf. In den ersten Jahren konnte sich das Regime angesichts freier Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten auf diese partielle Steuerung beschränken und dennoch erfolgreich seine Ziele verfolgen. Das Ausfuhrvolumen (Umsatz in Preisen von 1928) stieg zwischen 1934 und 1936 um 19%7, so daß zunächst auch die notwendigen Einfuhren gesichert waren. Wäre es nur um die Befriedigung des Einfuhrbedarfs einer Friedenswirtschaft gegangen, so hätte auch die Versorgung der deutschen Volkswirtschaft mit notwendigen Importen garantiert werden können. Darum ging es jedoch nicht in erster Linie. Infolge der Rüstungspriorität und des schnell wachsenden Tempos der Aufrüstung ergaben sich seit 1936 Engpässe in allen Bereichen der Wirtschaft. Der Neue Plan genügte nicht mehr den ehrgeizigen Zielen des Regimes, die nunmehr durchgreifendere Lösungen notwendig machten. Damit kommen wir zu den entscheidenden politischen und ideologischen Voraussetzungen des Vierjahresplans.

Wenn sich Hitlers außenpolitische Ziele auch zu keiner Zeit in der Durchsetzung "berechtigter" nationaler Forderungen und Prinzipien erschöpften, führte er doch zunächst die Hauptlinien der Außenpolitik der Weimarer Republik in einem zentralen Punkt weiter: Revision der Bestimmungen des Versailler Vertrages, vor allem jener Artikel, die dem Reich bislang die volle politische und militärische Gleichstellung mit den anderen Großmächten vorenthalten hatten. Da politische und militärische Gleichstellung nicht voneinander zu trennen waren, konnte Hitler bei seiner Politik der forcierten Wiederaufrüstung auf breite Zustimmung der bürgerlich-nationalen Kreise rechnen, selbst wenn diese andere Maßnahmen des neuen Regimes ablehnen mochten.

Die Aufrüstung als wichtigste Voraussetzung für eine neue Großmachtstellung wurde folgerichtig mit aller Energie begonnen. Ihre Bedeutung und ihr rasches Tempo drückten sich im steigenden Anteil der Wehrmachtsausgaben an den Gesamtausgaben des Staates (Reich, Länder, Gemeinden zusammen!) aus. Im Jahre 1932 betrug er nach den Schätzungen Réne Erbes 4%, 1935 5%, 1934 18%, 1935 25%, 1936 39%, 1937 41%, 1938 50%. Die Rüstungsausgaben betrugen danach zwischen 1933 und 1938 44,5 Mrd. RM, andere Berechnungen kommen noch zu einem erheblich höheren Ergebnis⁸.

Die Parallelität Hitlerscher Forderungen und seiner außen- und rüstungspolitischen Maßnahmen mit den bürgerlich-nationalen Maximen verdeckte zunächst,

⁷ Statistisches Handbuch von Deutschland 1928-1944, herausgegeben vom Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebietes, München 1949, S. 392.

⁸ Hierzu René Erbe, a. a. O., S. 25 und S. 34. Daneben Schätzungen von Schacht, Stuebel und Kuczynski. Eine zusammenfassende Gegenüberstellung mit Quellennachweis bei Kuczynski, Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1963, S. 128.

daß Hitlers Ziele weit jenseits des traditionellen Nationalismus lagen. Entscheidender als die Revision von Versailles war das Ziel, Deutschland durch raumpolitische Expansion wieder in den Kreis der Weltmächte zurückzuführen. Die Schlüsselbegriffe seiner Politik waren die "Raumfrage" und der "Lebensraum", aus deren Konsequenzen Hitler schon 1933 vor den führenden Generalen der Reichswehr kein Hehl machte. Ideologischer Ausdruck der Lebensraum-Politik wurde das Schlagwort von der Autarkie, das sowohl taktisches Instrument der nationalsozialistischen Propaganda als auch Endziel Hitlerscher Politik – Autarkie auf kontinentaler Grundlage, nicht im Sinne bloß nationaler Unabhängigkeit – war. Aktuell bedeutete das Autarkiestreben in den dreißiger Jahren zunächst den Versuch, politisch und wirtschaftlich völlig unabhängig von Entscheidungen des Auslandes zu werden. Damit war es Voraussetzung für die "höhere Autarkie" der kontinentaleuropäischen Herrschaft.

Die Aufnahmebereitschaft für Autarkieparolen wurde in der Bevölkerung durch die Erfahrungen der alliierten Blockade im Weltkrieg geschaffen und in der Weltwirtschaftskrise weiter gestärkt. Die große Krise löste einen psychologischen Schock aus, der in Deutschland mit seinen besonderen Nachkriegsproblemen zu einer Umwertung der wirtschaftspolitischen Kategorien führte. Trotz Weltkrieg und Inflation war die Wiederherstellung eines liberalen Weltwirtschafts- und Handelssystems für die Mehrheit der Politiker in den ersten Jahren der Republik selbstverständliches Ziel gewesen und von einem großen Teil der Bevölkerung als Versuch akzeptiert worden, an die Prosperität der Vorkriegszeit anzuknüpfen. Man hatte sich dabei am Konkurrenzkapitalismus der Jahrhundertwende orientiert, obwohl die Wirtschaft der Nachkriegszeit in weit höherem Maße durch Kartelle und marktbeherrschende Konzerne bestimmt wurde, die ein Funktionieren der Marktwirtschaft stark beeinträchtigten. Infolgedessen drohte der weit verbreitete Glaube an eine "vernünftige", d.h. liberale Wirtschaftsordnung eine gefährliche Illusion zu werden, zumal er eine aktive Wirtschaftspolitik zur Steuerung der Krise verhinderte. Um so schockartiger wandten sich große Teile der Bevölkerung mit der Weltwirtschaftskrise vom Wirtschaftsliberalismus ab, in dem sie die Ursache der Krise erblickten.

Den Vorteil zogen daraus die Nationalsozialisten, die die Krise dem demokratischen System und der Verflechtung mit dem Ausland anlasteten und dagegen das Bild der staatlich regulierten, vom Weltmarkt unabhängigen Wirtschaft stellten. Eine Woge des Antikapitalismus verschiedenster Herkunft und Form vereinigte sich mit neomerkantilistischem Autarkiedenken, das gebieterisch auf die Revision der bisherigen weltwirtschaftlichen Prinzipien drängte. Diese Wandlung des wirtschaftlichen Denkens kam später dem Vierjahresplan zugute, da sie eine zunehmende Bereitschaft für autarkische Experimente auslöste. Hitlers Lebensraumideen konnten von der Zustimmung der Bevölkerung zu einer vorgeblich unabhängigen Wirtschaftspolitik getragen werden. Dieser Konsens macht es verständlich, warum die Autarkie-Schlagworte 1936 so bereitwillig aufgenommen wurden, und erklärt die Tatsache, daß es die Propaganda so leicht hatte, den Vierjahresplan als "krisenfesten Autarkieplan" populär zu machen.

In den ersten Jahren nach der Machtergreifung hing der Erfolg der mit der Rüstungspolitik beginnenden Autarkisierung der Wirtschaft in hohem Maße von der Haltung der deutschen Industrie und Großbanken ab. Die Verbindungen zwischen führenden Nationalsozialisten und einzelnen Industriellen reichten zwar bis in das Jahr 1923 zurück, doch bedeutete das keinesfalls die Zustimmung der Wirtschaft zu einem bestimmten wirtschaftspolitischen Programm der NSDAP. Hitler vermied es folgerichtig, sich vor 1933 auf ein konkretes Wirtschaftsprogramm festzulegen, und beschränkte sich darauf, seine Partei als wichtigstes "antimarxistisches" Bollwerk zu empfehlen. Engere Kontakte zwischen größeren Kreisen der Industrie und den Nationalsozialisten entstanden erst nach 1930, als der NSDAP der Durchbruch zur Massenbewegung gelang. Jetzt fand sich ein Teil der Industrie bereit, Hitler mit größeren Summen zur Finanzierung seiner aufwendigen Propaganda und Wahlkämpfe zu unterstützen. Die NSDAP wurde jedoch nicht wegen dieser Industriehilfe zur führenden politischen Kraft, da die Subventionen an die Deutschnationalen oder die Volkspartei nicht wesentlich kleiner waren. Die Wirtschaft versuchte vielmehr, auf die Programmatik der NSDAP Einfluß zu nehmen, nachdem diese zu einem entscheidenden politischen Faktor geworden war. Die wichtigste Rolle spielten dabei Kreise der deutschen Schwerindustrie, die am unmittelbarsten von einer deutschen Aufrüstungspolitik profitieren mußten und deren Vorstellung von Staat und Gesellschaft traditionell von autoritären Leitbildern geprägt war. Andere Bereiche der Industrie, wie etwa die Chemie, die wichtige Positionen auf dem Weltmarkt zu verteidigen hatte, oder die Konsumgüterindustrie, die sehr viel weniger unter der Wirtschaftskrise litt als die Schwerindustrie, waren zunächst gegenüber den Parolen Hitlers sehr zurückhaltend. Mit wachsender Verschärfung der Wirtschaftslage und der Dauer des Produktionsrückgangs erfolgte jedoch auch hier eine Umorientierung, die Hand in Hand mit dem politischen Aufstieg der NSDAP ging.

Als unmittelbar nach der Machtergreifung die "Gleichschaltung der Verbände" erfolgte, ging daraus die Industrie relativ unversehrt hervor. Während das Regime die Gewerkschaften gewaltsam auflöste und die Landwirtschaft – nach einem kurzen deutschnationalen Zwischenspiel, als Hugenberg die Agrarpolitik bestimmte – durch Gründung einer "Reichsführergemeinschaft" ihre traditionellen Interessenverbände verlor und eine Machtdomäne des nationalsozialistischen Agrarideologen Darré wurde, blieben die Organisationen der Industrie in ihrer politischen und personellen Substanz unberührt. Zwar gab es in den ersten Monaten nach der "Machtergreifung" immer wieder Versuche, innerhalb der Industrie und Bankenwelt den personellen Einfluß der verschiedensten Parteigruppierungen zu verankern, doch wurden diese Eingriffe schon im April 1933 von Hitler abgestoppt¹⁰. Viele Par-

⁹ Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung, 2. Aufl. Köln 1962, S. 186.

Am 28. 4. 1933 erfolgte auf Anordnung Hitlers eine entsprechende Bekanntmachung des Sachbearbeiters für Wirtschaftspolitik im Verbindungsstab der NSDAP. Dieser Anordnung gingen entsprechende Interventionen Schachts in der Reichskanzlei voraus. Siehe BA R 43 II/1195.

teimitglieder hatten die revolutionären Phrasen aus der Zeit vor der Machtergreifung zunächst zu wörtlich genommen und wurden nunmehr nachdrücklich darüber belehrt, daß eine "Zweite Revolution" im Sinne einer antikapitalistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft von der Parteispitze nicht gewollt war.

Schon 1933 war der Traum vom "deutschen Sozialismus" vorbei. Die Mittelstandsbewegung – in den letzten Jahren der Republik ein Eckpfeiler der NSDAP – wurde bedeutungslos und jeglichen Einflusses auf die gesellschaftliche Neuordnung beraubt, da ihre ständeromantische Ideologie zu sehr den ökonomischen Erfordernissen der deutschen Aufrüstung widersprach. Die Röhm-Affäre vom Sommer 1934 bedeutete schließlich nicht nur die Ausschaltung eines lästigen Konkurrenten innerhalb der Partei oder eine Konzession Hitlers an die Reichswehr, sondern auch eine Beruhigung der Industrie, da die Vertreter verschwommener Sozialisierungsideen, wie sie sich noch in der SA fanden, nunmehr endgültig ausgeschaltet wurden.

Bei der Respektierung der industriellen Machtpositionen spielten mehrere Gründe eine Rolle. Einmal waren die Sozialrevolutionäre in der NSDAP eine Minderheit, die keine Rückendeckung bei Hitler hatten. Einflußreiche Industriekreise hatten sich vor 1933 nicht zuletzt deshalb Hitler angenähert und ihn finanziell unterstützt, um den sozialistischen Tendenzen innerhalb der NSDAP entgegenzuwirken. Vor allem aber glaubte das Regime, in der Zeit der Wirtschaftskrise revolutionäre Eingriffe in die Wirtschaftsordnung unbedingt vermeiden zu müssen und mit der bestehenden Großwirtschaft die Krise überwinden und die weitergesteckten Ziele vor allem auf dem Gebiet der Rüstungspolitik verwirklichen zu können. Deshalb bekannte sich Hitler 1932 und 1933 immer wieder demonstrativ zur zentralen Rolle der Privatwirtschaft und vertrat nachdrücklich auch innerhalb des Kabinetts deren Wünsche, indem er die Verringerung der Sozialausgaben und weiterreichende steuerliche Vergünstigungen für die Industrie anordnete¹¹.

Ausdruck der relativen Autonomie der deutschen Großwirtschaft gegenüber der Staatspartei war die anfänglich starke Stellung von Schacht, der großes Prestige in der deutschen Wirtschaft genoß und von dem bekannt war, daß er ein entschiedener Vertreter des freien Unternehmertums war. Schacht gelang es zwischen 1933 und 1935 auf vielfältige Weise, Interventionen von Parteiinstanzen in das Wirtschaftsleben abzuwehren, ja sogar mit Billigung Hitlers und Görings eine Art "Entnazifizierung" industrieller Selbstverwaltungsorgane und Verbände durchzuführen. Die unabhängige Position der Wirtschaft – besonders der großen Konzerne der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie – bildete dennoch einen latenten Konfliktherd. Für Hitler war es nicht ungefährlich, wenn ein so entscheidender Bereich der Gesellschaft nicht voll in das totalitäre System des Führerstaates integriert war. Das gemeinsame Interesse an der Aufrüstung verdeckte zwar eventuelle Konflikte, doch war schon 1934/35 der Zeitpunkt absehbar, da die Wirtschaftspolitik Hitlers mit ihrer einseitigen Privilegierung rüstungswichtiger Industrien die Opposition jener hervorrufen mußte, die davon wenig profitierten (Konsumgüterindustrie)

¹¹ Ministerbesprechung über Arbeitsbeschaffung am 31. 5. 1933, BA R 43 II/536.

oder gar geschädigt wurden (Exportindustrien). Schacht war nicht bereit, kompromißlos den von Hitler vorgezeichneten Weg mitzugehen, sondern hielt trotz vieler revolutionär erscheinender Maßnahmen auf dem Gebiet der Rüstungsfinanzierung und der Außenwirtschaftspolitik am Ziel einer mit dem Weltmarkt verflochtenen Volkswirtschaft fest.

Hitler zögerte, sich schon 1933 eindeutig für einen wirtschaftspolitischen Autarkiekurs einzusetzen, um die latenten Konflikte mit Schacht und den wirtschaftsliberalen Kreisen der Großindustrie nicht akut werden zu lassen. Sein primäres Interesse galt der raschen, ungestörten Aufrüstung und nicht der Verwirklichung ideologischer Leitsätze in der Wirtschaft. Die Maßnahmen zur "Militarisierung" der Wirtschaft waren zunächst auch gar nicht erforderlich, da angesichts der vielen freien Produktionskapazitäten und Arbeitskräftereserven kein Widerspruch zwischen Aufrüstung und der allgemeinen Wiederbelebung der Wirtschaft bestand. Zwar hatte Hitler unmittelbar nach seinem Einzug in die Reichskanzlei den Weg vorgezeichnet, das Ziel der Aufrüstung mit der Politik der Arbeitsbeschaffung zu verbinden¹², in der praktischen Wirtschaftspolitik überwogen am Anfang jedoch jene Maßnahmen, die die Wirkungen der Krise beseitigten. Nur auf Teilgebieten wie der Landwirtschaft und den innerbetrieblichen Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde der Versuch unternommen, nationalsozialistische Prinzipien in die Praxis umzusetzen. Von einer umfassenden Kontrolle der Wirtschaft konnte jedoch keine Rede sein. Sie begann erst 1936, als vielfältige Engpässe wirtschaftspolitische Prioritäten erzwangen, die die weitere Expansion der Rüstung absichern sollten. Der Vierjahresplan entwickelte sich damit von seinem Beginn an zum Instrument der allgemeinen Rüstungspolitik, die nunmehr mit wirtschaftlicher Autarkisierung identisch wurde.

¹² Siehe Dieter *Petzina*, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, Jg. 15 (1967), S. 18 ff.

Obwohl der wirtschaftspolitischen Konzeption Schachts zuwiderlaufend, gab es schon vor 1936 wichtige Ansätze für eine wirtschaftliche Autarkiepolitik. Sie zeigten sich unabhängig voneinander in wirtschaftspolitischen Dienststellen der NSDAP, innerhalb der Wehrmacht und in einigen Bereichen der Großindustrie.

Der Nachfolger Hugenbergs in der Leitung des Wirtschaftsministeriums, Schmitt, richtete im Mai 1934 innerhalb seines Ministeriums ein Rohstoffkommissariat ein. Zum Rohstoffkommissar wurde der erste Direktor der Witkowitzer Berg- und Eisenhüttenwerke, Dr. Pupe, ernannt, dessen Aufgabe es nach Hitlers Vorstellung sein sollte, "mit allen Mitteln...die Mehrerzeugung deutscher Rohstoffe zu betreiben".13 Mit dieser Institution schien die staatliche Wirtschaftspolitik den Autarkievorstellungen der NSDAP angepaßt zu sein und die treibende Kraft einer deutschen Autarkiepolitik zu werden. Tatsächlich jedoch entwickelte der Rohstoffkommissar in den folgenden Monaten keinerlei Aktivität. Dafür verantwortlich war der erneute Wechsel an der Spitze des Wirtschaftsministeriums. An die Stelle des gegenüber Hitlers Wünschen nachgiebigen Schmitt trat der als Autarkiegegner bekannte Reichsbankpräsident Schacht, der in dieser Haltung von einem großen Teil der Wirtschaft unterstützt wurde. Schacht beschnitt so weitgehend die Kompetenzen des ihm unterstehenden Pupe, daß dieser in seiner Arbeit praktisch lahmgelegt war. Damit hatte Schacht deutlich gemacht, daß er nicht gewillt war, den von parteiamtlichen Wirtschaftspolitikern verfochtenen Kurs zu verfolgen, sondern die staatliche Wirtschaftsverwaltung nach seinen eigenen Überzeugungen leiten wollte.

Hitler war wegen des Rohstoffkommissars nicht an einem Konflikt mit Schacht interessiert, zumal ihn Schacht tatkräftig bei der Aufrüstung unterstützte. Das Rohstoffkommissariat wurde faktisch (wenn auch nicht formell) aufgelöst und insofern Schachts Anspruch, allein die Politik des Wirtschaftsministeriums zu bestimmen, Rechnung getragen. Das bedeutete jedoch nicht das Ende dieser Bestrebungen. Hitler übertrug vielmehr die Kompetenzen des Rohstoffkommissars an seinen Sonderbeauftragten für wirtschaftliche Fragen, Keppler, der schon 1932/33 als Verbindungsmann zwischen Partei und Wirtschaft fungiert hatte. Seine Aufgabe sollte es sein, "alle diejenigen wirtschaftlichen Maßnahmen durchzuführen, welche in Anbetracht der Devisenlage erforderlich sind, um ausländische Rohstoffe durch solche aus inländischer Erzeugung zu ersetzen". 14 Kepplers Büro "Sonder-

¹³ Abschrift eines Schreibens des Rohstoffkommissars Pupe an Hitler (undatiert; wahrscheinlich aus dem Jahre 1935), worin die wichtigste Aktivität und die Aufgabenstellung dieses Amtes geschildert werden. BA R 26 I/1a.

¹⁴ Entwurf einer Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan (undatiert; wahrscheinlich aus dem Jahre 1936). BAR 26 I/1a.

aufgabe Deutsche Roh- und Werkstoffe" war von der staatlichen Wirtschaftsbürokratie unabhängig, so daß die Gefahr ständiger Kontroversen mit Schacht zunächst vermieden war. Andererseits zeigte es sich bald, daß der Wirtschaftsminister mit der Ausschaltung des ursprünglichen Rohstoffkommissars nur einen Scheinsieg errungen hatte, da nunmehr eine Dienststelle mit gleicher Aufgabenstellung entstanden war, auf die er kraft seiner Stellung keinen direkten Einfluß nehmen konnte.

Mit ihrer autarkistischen Zielrichtung geriet die Dienststelle Kepplers bald in einen deutlichen Gegensatz zur Politik des Wirtschaftsministeriums. Schacht befürwortete den Aufbau deutscher Werke zur Herstellung von Ersatzstoffen nur dann, wenn er wirtschaftlich vertretbar war, das hieß für ihn, wenn die Ersatzstoffe nicht teurer als ausländische Rohstoffe waren. Keppler dagegen ordnete sein Autarkiekonzept wehrwirtschaftlichen Überlegungen unter und versuchte, seine Pläne innerhalb der amtlichen Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Die gegensätzlichen Auffassungen führten sogar zur direkten Intervention Kepplers bei Hitler, um hier Rückhalt für seine Pläne zu erhalten¹⁵. Obwohl die Aktivität Kepplers auf dem Gebiet des Buna, minderwertiger Erze und synthetischer Fette und Fasern - womit wichtige Vorarbeiten für den späteren Vierjahresplan geleistet wurden 16 - ganz den Vorstellungen Hitlers entsprochen haben dürfte, wies er Keppler an, einen Konflikt mit Schacht zu vermeiden. Aus innen- und außenpolitischen Gründen war ihm an der Mitarbeit Schachts gelegen, so daß die Ideen Kepplers zunächst nicht über das Stadium des Pläneschmiedens hinaus gediehen. Trotzdem war Kepplers Organisation gewichtiger, als es daran oder an ihrem personellen Umfang von 25 Personen zum Ausdruck kam¹⁷. Zusammen mit den wirtschaftspolitischen Instanzen der NSDAP, die ebenfalls von Keppler kontrolliert wurden, bildete sich hier der Kern für eine konkurrierende wirtschaftspolitische Instanz zur staatlichen Wirtschaftsverwaltung, die die Stabsarbeit für eine Revision der Schachtschen Wirtschaftspolitik betrieb. Auf diesen Apparat und die hier entwickelten Pläne konnte 1936 zurückgegriffen werden, als die Vierjahresplan-Politik zur Leitlinie der deutschen Wirtschaftspolitik wurde.

Die zentrale Figur aller Bestrebungen innerhalb der Wehrmacht, den Ausbau des kriegswirtschaftlichen Potentials zu beschleunigen, wurde seit Ende 1928 der damalige Major Georg Thomas. Er nahm in diesem Jahr seine Tätigkeit innerhalb des Heereswaffenamtes auf, avancierte einige Jahre später zum Chef des Stabes im HWA und wurde schließlich 1934 – inzwischen zum Oberst befördert – Leiter der Dienststelle "Wehrwirtschafts- und Waffenwesen" im Wehrmachtsamt des Wehrministeriums, aus dem sich der große Apparat des Wehrwirtschafts- und Rüstungs-

¹⁵ Aussage Keppler am 1. 9. 1948 im sog. Wilhelmstraßenprozeß (Fall XI), Protokoll S. 19345.

Keppler hat beispielsweise einen Plan zur Erweiterung der deutschen Erzbasis vorgelegt. Siehe Dok. PS-1301, IMT XXVII, S. 134. Zur weiteren Tätigkeit Kepplers siehe seine Vernehmung im Wilhelmstraßenprozeß (Fall XI), S. 19219ff.

¹⁷ Siehe Protokoll des Wilhelmstraßenprozesses, S. 19236 f.

amtes entwickelte¹⁸. In häufig scharfem Gegensatz zu den führenden Generälen der Reichswehr und der neuen Wehrmacht vertrat Thomas das Konzept der von ihm so benannten "Tiefenrüstung" als notwendigem Pendant zur "Breitenrüstung" ¹⁹. Damit war die kriegswirtschaftliche Basis im Gegensatz zur Zahl der militärischen Verbände gemeint, deren Einsatzfähigkeit letztlich von dem vorhandenen wirtschaftlichen Potential abhing. Thomas, seine Mitarbeiter und späterhin eine Reihe von Universitätslehrern versuchten, dieser Konzeption der "Rüstung in die Tiefe" eine wissenschaftliche Fundierung in Form der Wehrwirtschaftslehre zu geben. Der intensiven Propagandatätigkeit der wehrwirtschaftlichen Organisation war es dabei zuzuschreiben, daß schon in den Friedensjahren die Wirtschaft in Teilbereichen auf den Krieg ausgerichtet wurde und innerhalb der militärischen Führung, die sich traditionell auf die operativen und personellen Fragen beschränkte, die Einsicht in die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Aufrüstung wuchs.

In seiner 1944 verfaßten "Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft" behauptete Thomas, daß die "erste Anregung zur Aufstellung eines Mehr-Jahres-Planes . . . bereits im Winter 1933/34 von dem damaligen Chef des Stabes des Heereswaffenamtes – Oberstleutnant Thomas gegeben [wurde] . . . ". In einer Denkschrift für den Reichskriegsminister hatte Thomas nach seinem eigenen Zeugnis die Aufstellung eines Fünfjahresplans zur Durchführung und Koordination der Beschaffungsvorhaben der Wehrmachtsteile und für den "planmäßigen Aufbau der Ernährungs- und Rohstoffwirtschaft als Grundlage für die Landesverteidigung" gefordert²0. Mit diesen Forderungen konnten Thomas und sein Wehrwirtschaftsstab an die Planungstradition der Wehrmacht anknüpfen, zumal die Zuständigkeit für die Rüstungswirtschaft nicht bei der Zivilverwaltung, sondern bei den Wehrmachtsteilen lag, deren Einzelkonzeptionen der Wehrwirtschaftsstab in einem Gesamtplan koordinieren wollte.

Die schon 1930 erhobene Forderung nach Ausbau der heimischen Rohstoffbasis, vor allem der Gummi-, Treibstoff- und Erzerzeugungsstätten, war zunächst bei den politischen Instanzen verhallt²¹. Im Jahre 1933 war mit der Machtergreifung das politische Klima für derartige Wünsche sehr viel besser geworden. Das zeigte sich, als am 6. November 1933 eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Wehrmacht und der Wirtschaftsressorts stattfand, in der der Leiter des Heereswaffenamtes, General Bockelberg, nunmehr mit Nachdruck "die Wünsche der Wehrmacht auf wirtschaftlichem Gebiet" vortrug²². Eine zwei Tage vorher angefertigte Bespre-

¹⁸ Georg Thomas, Geschichte der deutschen Wehr- und Rüstungswirtschaft (1918–1943/45), hg. von Wolfgang Birkenfeld, Boppard/Rhein, 1966, S. 2f.

¹⁹ Hierzu Thomas, Vortrag über den Stand der Aufrüstung, gehalten im Auswärtigen Amt am 24. Mai 1939, IMT XXXVI, S. 113ff.; ders., Breite und Tiefe der Rüstung, in: Militärwissenschaftliche Rundschau, 2, 1937, S. 189ff.

²⁰ Thomas, Wehrwirtschaftsgeschichte, S. 111.

²¹ Thomas, Wehrwirtschaftsgeschichte, S. 95.

²² Dok. NI-7828: Ergebnis der Besprechung beim Reichswirtschaftsminister am 6. November 1933.

chungsnotiz präzisierte diese Forderungen: Ausbau der Produktionskapazitäten für Synthesetreibstoff durch Errichtung von Hydrieranlagen in Mitteldeutschland, Förderung der Produktion von künstlichem Gummi (Buna), steuer-, zoll- und preispolitische Maßnahmen zum Schutz der Inlanderzeugung²³. Damit nahm der Heereswirtschaftsstab die zentralen Punkte des späteren Produktionsprogramms des Vierjahresplans vorweg.

Ebensowenig wie Keppler gelang es Thomas zunächst, sich durchzusetzen. Die Wehrmachtsführung war zufrieden, wenn genügend Mittel für den Aufbau der Streitkräfte vorhanden waren. Das Problem der "Tiefenrüstung" war für sie solange nicht aktuell, als ausreichende Kapazitäten für ihre Zwecke bereit standen. Dennoch führte die Aktivität von Thomas allmählich zu einem strategischen Umdenken, das innerhalb der Wehrmacht auch von jenen vollzogen wurde, die zunächst die wirtschaftliche Komponente von Aufrüstung und Kriegsführung unterschätzt hatten. Schon im Sommer 1935 konnte Thomas mit Unterstützung des Kriegsministeriums beim Wirtschaftsminister die Einsetzung von Rohstoffkommissaren fordern²⁴. Ein Jahr später wurden sie Wirklichkeit. Daran wird deutlich, wie der Wandel der strategischen Konzeption 1936 bruchlos in den Vierjahresplan einmündete.

Innerhalb der Industrie waren vor allem die Großchemie und die Schwerindustrie an einer Autarkiepolitik interessiert. Wichtigster Verbindungsmann zwischen der NSDAP und der chemischen Industrie war vor 1933 der I.G.-Farben-Direktor Heinrich Gattineau²⁵. Seine Bekanntschaft mit dem Personenkreis um den späteren "Stellvertreter des Führers" stammte bereits aus dem Jahre 1923. Derartige Verbindungen erlaubten es dem Konzern, 1932 persönliche Kontakte mit Hitler aufzunehmen, um dessen Einstellung zur Frage der Hydrierbenzin-Produktion kennenzulernen. Die I.G.-Farben hatten bereits vor 1933 große Summen in die Entwicklung des Hydrierverfahrens investiert, deren Rentabilität angesichts der Weltwirtschaftskrise ohne staatliche Hilfen und Garantien nicht mehr gewährleistet war. Zunächst einer der konsequentesten Verfechter eines freien Welthandels, wurde das größte deutsche Unternehmen 1933 angesichts sinkender Auslandsnachfrage und drohender Verluste zum Verfechter einer wirtschaftlichen Autarkisierung. Nachdem Hitler 1932 großzügige Unterstützung der I.G.-Produktionspolitik für den Fall seiner Kanzlerschaft zugesichert hatte, verdichteten sich die Beziehungen zwischen der NSDAP und den I.G.-Farben, wofür nicht zuletzt großzügige Spenden des Unternehmens an verschiedene Parteigliederungen (so an die SA im Winter 1933/34 200000 RM) nützlich waren.

Bereits im September 1933, noch vor dem Vorstoß des Wirtschaftsstabes der Reichswehr, wurde von den I.G.-Farben staatlichen und militärischen Instanzen eine Denkschrift zur Erweiterung der deutschen Rohstoffbasis vorgelegt. Das von dem I.G.-Direktor Carl Krauch verfaßte Memorandum wurde einige Tage später

²⁸ BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/3556.

²⁴ Vermerk vom 1. 7. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/383.

²⁵ Siehe eidesstattliche Erklärung von Dr. Heinrich Gattineau vom 13. 3. 1947, Dok. NI-4833.

Gegenstand einer Diskussion im Reichsluftfahrtministerium²⁶. Der Ort war nicht zufällig gewählt, sondern zeigte, welcher Wehrmachtsteil am stärksten an den Autarkieplänen der chemischen Industrie interessiert war. In der Denkschrift schlug Krauch einen Vierjahresplan vor, mit dessen Hilfe eine eigene deutsche Treibstoffwirtschaft – die Achillesferse aller Mob.-Überlegungen – aufgebaut werden sollte. Dabei ergänzten sich die Interessen der künftigen deutschen Luftwaffe mit denen der I.G.-Farben, die hofften, damit eine geradezu unerschöpfliche Absatzquelle für ihr Hydrierbenzin zu finden. Nach den Vorstellungen der I.G.-Farben sollte mit einem Investitionsaufwand von 400 Mill. RM die Treibstoffproduktion auf heimischer Rohstoffgrundlage zunächst von 0,5 Mill. to auf 1,8 Mill. to erhöht werden. Diese Größenordnungen von Produktion und Investitionen sowie der Zeitplan machen es wahrscheinlich, daß dieses Memorandum zum wichtigen Vorbild der späteren Vierjahresplanungen wurde.

Folgerichtig zeigten sich die ersten praktischen Ergebnisse der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft im Bereich des Synthesetreibstoffes. Die I.G.-Farben besaßen hier dank ihrer in Leuna errichteten Produktionsanlagen und vor allem ihrer technisch-wissenschaftlichen Vorarbeit zeitweise ein weltweites Monopol. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den I.G.-Farben und der Reichsregierung, die bereits 1932 begonnen hatten, wurde am 14. Dezember 1933 der sogenannte Benzinvertrag geschlossen²⁷. Darin wurde der künftige Ausbau dieses neuen Industriezweiges festgelegt, dem angesichts der deutschen Aufrüstung eine überragende wehrwirtschaftliche Bedeutung zukommen mußte. Mit dem "Gesetz über die Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" vom 13. Dezember 193428, rückwirkend gültig seit 1. Dezember 1933, wurde das für die Stützungspolitik und Interventionsmöglichkeit des Staates notwendige Instrument geschaffen. Die vorgesehenen Preis- und Absatzgarantien sollten den Aufbau der deutschen Treibstoffindustrie sicherstellen, doch wurden die Bestimmungen bald auch für andere Industriezweige genutzt, soweit sie dem Regime aus wehr- oder wirtschaftspolitischen Gründen förderungswürdig schienen. Beispiele dafür waren die Gründung der Braunkohle-Benzin-A.G. (Brabag) im Herbst 1934 und der Aufbau einer deutschen Zellwolleindustrie, die mit vielerlei Mitteln gegenüber der Konkurrenz der herkömmlichen Fasern geschützt werden mußte.

Der Wirtschaftsminister hat allerdings die ihm mit diesem und anderen Gesetzen zugewiesenen Ermächtigungen nicht voll ausgeschöpft. Schacht erkannte frühzeitig, wie sehr Maßnahmen wie der Benzinvertrag die Stellung der Autarkievertreter stärkten. Den I.G.-Farben war es schon im Jahre 1934 möglich, über das Wehrministerium Einfluß auf die Wirtschaftspolitik zu nehmen. Die erste große Mo-

Protokoll der Besprechung im RLM am 15. 9. 1933, Dok. NI-7123. Dabei übergab der Staatssekretär im RLM, Milch, an Bockelberg die Denkschrift von Carl Krauch. Die Denkschrift selbst liegt nicht vor, doch finden sich wichtige Hinweise im Brief von Krauch an Milch vom 14. 9. 1933 (Dok. NI-4718), dem die Denkschrift als Anlage beigegeben war.

²⁷ Text des Vertrages liegt als Dok. NI-881 vor. Zur n\u00e4heren Interpretation Birkenfeld, Der synthetische Treibstoff 1933-1945, G\u00f6ttingen 1964, S. 26ff.

²⁸ RGBl I, 1934, S. 1253f.

bilisierungsplanung für den Mineralölsektor wurde im Oktober dieses Jahres unter Leitung von Carl Krauch in der Vermittlungsstelle Wehrmacht (W) der I.G.-Farben erstellt²⁹. Der wachsende Einfluß des Konzerns löste Rivalitäten innerhalb der Industrie und Interventionen von Schacht aus, der die Autarkiebestrebungen des Unternehmens zu bremsen suchte. Das zeigte sich, als er Pläne für die staatliche Förderung von Kunstgummifabriken zunichte machte³⁰, ohne jedoch verhindern zu können, daß zwei Jahre später der Buna-Ausbau einer der zentralen Bereiche des Vierjahresplans wurde.

²⁹ Denkschrift in Dok. NI-7295. Siehe auch Birkenfeld, Treibstoff, a. a. O., S. 54ff. Zum Verbindungsbüro W (Kontaktstelle der I.G. zu den Behörden, vor allem der Wehrmacht), siehe Dok. NI-2747 und NI-4702.

³⁰ Schon am 15. 8. 1935 berichtete die I.G.-Farben in einem Schreiben an das HWA über den Stand der Entwicklungsarbeiten bei Buna und führte aus, daß sie die Produktion bei entsprechender Staatshilfe aufnehmen würde. In einem Brief des RWM vom 23. 11. 1933 erfolgte zunächst eine entsprechende Zusage. Wegen Schachts Opposition kam der Vertrag dann jedoch nicht zustande. Siehe Dok. NI-6930.

III. DIE UNMITTELBAREN ANLÄSSE

1. Die Außenhandels- und Devisenkrise³¹

Der Neue Plan Schachts mit seiner umfassenden Kontrolle der Außenwirtschaft war zunächst erfolgreich, da es trotz des Rüstungsbooms gelang, die zusätzlich benötigten Einfuhren zu sichern und das Handelsbilanzdefizit von 1934 im folgenden Jahr sogar in ein Aktivum zu verwandeln. Die günstige Gesamtbilanz des Jahres 1935 konnte die Verantwortlichen des Wirtschaftsministeriums aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich schon in der zweiten Hälfte erneut die Symptome für einen außenwirtschaftlichen Tendenzwandel mehrten. Es zeichnete sich ab, daß langfristig auf diesem Weg nicht gleichzeitig der wachsende private Konsum und der expandierende staatliche Rüstungsbedarf befriedigt werden konnten.

Ein halbes Jahr später war aus dem Tendenzumschwung eine krisenhafte Situation entstanden, die zu immer pessimistischeren Schätzungen der künftigen Außenwirtschaftslage führte. Im Frühjahr 1936 erstellte das Wirtschaftsministerium zusammen mit dem neu gegründeten Rohstoff- und Devisenstab eine Devisenbilanz, in der allein für das zweite Halbjahr 1936 mit einem Defizit an "Bardevisen" von einer halben Milliarde RM gerechnet wurde.

 $\label{eq:Tabelle 1} Tabelle~1$ Geschätzte Devisenbilanz 2. Halbjahr 1936 32

	Devisen insg. Mill. RM	davon Bardevisen Mill. RM
Deviseneinnahmen	2810,0	360,0
Devisenbedarf	3447,7	869,7
Defizit	637,7	503,7

Das tatsächlich erzielte Ergebnis war schließlich beträchtlich günstiger als das hier berechnete. 1936 stieg durch eine entsprechende Erhöhung der Exporte der Handelsbilanzüberschuß sogar auf 550 Mill. RM, so daß die Außenhandelsstatistik nachträglich den amtlichen Pessimismus widerlegte. Dieser Unterschied bedarf der Erklärung. Sie findet sich in den wirtschaftlichen Maßnahmen, die im Frühjahr 1936 angesichts der drohenden Devisen- und Außenhandelskrise ergriffen wurden, um die prognostizierte Katastrophe abzuwenden. Diese Aktivität wurde bereits von Institutionen entfaltet, die ihrerseits Ergebnis der Krisenentwicklung waren.

³¹ Hierzu siehe auch A. Schweitzer, Foreign Exchange Crisis of 1936, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 118 (1962), S. 243 ff.

³² BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 309 u. 311. "Bardevisen" sind identisch mit dem im Inland vorhandenen Bestand an ausländischen Zahlungsmitteln; sie sind von den "Verrechnungsdevisen" zu unterscheiden, die durch den "Neuen Plan" von 1934 Bedeutung erlangt hatten und im Außenhandelsverkehr stark überwogen.

Die Krise wurde von mehreren Faktoren verursacht, deren Wurzeln teils im Ausland, teils in der inländischen Wirtschaftspolitik liegen. Einer der wichtigen Gründe war die Veränderung der Austauschrelationen gegenüber dem Ausland, der "Terms of Trade". Zwischen 1929 und 1932 hatte die deutsche Wirtschaft beträchtlich davon profitiert, daß der durch die Weltwirtschaftskrise bedingte Preisverfall bei Importgütern erheblich größer war als der Rückgang bei den Exportwaren³³. Seit 1933 veränderte sich aber die Lage am Weltmarkt grundlegend. Während der Preisverfall der Ausfuhrprodukte (vor allem der industriellen Fertigwaren) die folgenden drei Jahre weiter - wenn auch verlangsamt - fortschritt, stabilisierten sich die Einfuhrpreise (bei Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Halbwaren) oder stiegen zum Teil stark an. Zwischen 1933 und 1936 erhöhten sich die Preise für Einfuhrgüter durchschnittlich um 9%, während die Exportpreise gleichzeitig um 9% sanken. Zwar waren die Relationen zwischen Einfuhr- und Ausfuhrpreisen damit für Deutschland immer noch günstiger als 1928; verglichen mit dem Jahr 1933 - an dem sich die Unternehmerschaft orientierte, da hier die Wiederbelebung der Wirtschaft begonnen hatte – mußte jedoch Deutschland um etwa ein Fünftel mehr exportieren, um dieselbe Menge an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zur Verfügung zu haben. Allein innerhalb eines Jahres, von 1935 auf 1936, stiegen die Preise importierter Rohstoffe um 10%, so daß entweder ein geringeres Inlandangebot mit entsprechenden Folgen für die heimische Produktion oder höhere Aufwendungen für den Import zu Lasten anderer Bereiche drohten³⁴. Diese seit 1933 zu beobachtende Preisschere führte zwischen 1934 und 1936 zu einem Rückgang der Importvolumina um 12%, obwohl gerade in diesen Jahren der Bedarf nach den Jahren der Krise in Deutschland schnell anstieg. Die Furcht vor einem wachsenden Defizit in der Zahlungsbilanz war deshalb nicht unberechtigt, vor allem dann, wenn Faktoren hinzutraten, die ihrerseits auf steigende Einfuhren hinwirkten.

Einer dieser Faktoren war die Entwicklung der deutschen Ernährungswirtschaft. Zwischen 1933 und 1935 sank der Ernteertrag an Roggen um 15%, an Weizen um 17%, die Erträge bei Futtergetreide (Gerste und Hafer) verringerten sich um 15%, die Kartoffelernte um 10%35. Rückgänge zeigten sich auch im Viehbestand und in der Milch- und Butterproduktion, so daß etwa der Fettverbrauch je Einwohner in dieser Zeit um 4% absank. Neben schlechteren Erntejahren war dafür die neue "Marktordnungs"-Politik des Reichsnährstandes verantwortlich, die im Interesse der landwirtschaftlichen Einkommenssteigerung zunächst die restriktive Anbau- und Angebotspolitik der Jahre 1931/33 fortgesetzt hatte. Schacht warf der Landwirtschaftsverwaltung bürokratische Fehlsteuerung von Produktion und Absatz vor, die zu einer Verringerung des inländischen Angebots gegenüber früheren

³³ Der Preisindex (1936 = 100) der Einfuhr sank von 204,1 im Jahre 1928 auf 100,6 1932, der Preisindex der Ausfuhr von 169,8 auf 120,0 (Stat. Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 392).

³⁴ Hierzu die Ausführungen von Ministerialdirigent Ruelberg vom RWM auf der Sitzung des Gutachterausschusses für Rohstoff-Fragen am 25. 6. 1936, Dok. NI-5380, S. 7.

³⁵ Stat. Handbuch von Deutschland, a. a. O., S. 124/125.

Jahren geführt habe³⁶. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Schacht vor allem die Interessen der Industrie und ihre ausreichende Versorgung mit Importen im Auge hatte und deshalb darauf hinwirkte, die landwirtschaftlichen Einfuhren niedrig zu halten. Seine Vorwürfe gegenüber Darré waren deshalb nur zum Teil berechtigt. Tatsächlich waren die ernährungswirtschaftlichen Importe sowohl dem Volumen nach als auch in ihrem Anteil an den Gesamteinfuhren niedriger als in den Jahren vor der Weltwirtschaftskrise.

Es lag vor allem an der genannten Entwicklung der Weltmarktpreise, daß sich 1935 in der Versorgung mit Nahrungsmitteln große Schwierigkeiten ergaben. Sie hätten auch von einem besser arbeitenden System als dem Reichsnährstand nicht vermieden werden können, solange die rüstungswichtigen Importe Priorität besaßen. Besondere Engpässe zeigten sich im Laufe des Jahres 1935 bei der Fettversorgung und bei Futtergetreide, das seinerseits die Grundlage einer ausreichenden Fleischerzeugung war. Im April 1935 mußte daher die Einfuhr von Ölsaaten entgegen der bisherigen Politik der Einfuhrdrosselung auf 300000 RM werktäglich. ein halbes Jahr später auf 400000 RM erhöht werden. Anfang Oktober des gleichen Jahres mußten nicht vorhergesehene Sonderdevisen von drei Millionen Reichsmark für zusätzliche Buttereinfuhren bereitgestellt werden³⁷. Die wachsenden Anforderungen des Landwirtschaftsministeriums - deren sachliche Rechtfertigung sich schon aus dem Umstand ergab, daß das landwirtschaftliche Importvolumen 1935 nur noch 64% des Standes von 1928 bei gestiegener Bevölkerungszahl betrug bedeuteten faktisch, daß die bisherige Politik forcierter Aufrüstung nur bei sinkendem Lebensstandard durchzuführen war. Zwischen August 1935 und März 1936 kam es zu immer härteren Kontroversen zwischen Schacht und Darré, da Darré im Interesse innenpolitischer Stabilität die steigenden Angebotslücken durch Importe auszugleichen suchte und der Wirtschaftsminister dagegen Widerstand leistete³⁸.

Im Herbst 1935 weigerte sich Schacht, weitere Devisen zur Verfügung zu stellen. Das geschah wohl nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, damit Hitler, der bislang immer nur in sich widersprüchliche Maximalziele formuliert hatte, zu einer Festlegung wirtschaftspolitischer Prioritäten zu zwingen, d. h. ein Konzept zu entwickeln, das den deutschen Möglichkeiten entsprach. Wie alarmierend das Regime die jetzt nicht mehr verschleierte Krise empfand, zeigt sich daran, daß Hitler den zweiten Mann der NS-Führung, Göring (dessen Luftwaffenrüstung eine der wichtigen Ursachen der Krise war), zum Schlichter im Streit Schacht-Darré berief³⁹. Seine offi-

³⁶ Schacht an Darré am 24. 3. 1936 in BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

³⁷ Bereits im Oktober 1935 forderte Darré statt RM 400000 RM 590000 werktäglich, "da er sonst die Fettversorgung der Bevölkerung nicht gewährleisten könne" (Besprechung General Thomas mit Ministerialdirektor Wohlthat vom RWM am 21.10.1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/1196).

³⁸ Die n\u00e4heren Argumente von Schacht im Briefwechsel Schacht-Darr\u00e9, BA Wehrwirtschaft-R\u00fcstung Wi I F 5/614.

Angabe von Dr. Friedrich Gramsch, ehem. Ministerialdirektor im Preuß. Staatsministerium, in: Gutachten zum Körner-Prozeß 1948 (Vert. Dok. Körner-500, in Dok. Buch I a, Nachtrag I); ebenfalls Erklärung Gramsch vom 6. 8. 1947, Dok. NI-12616, S. 6.

zielle Aufgabe sollte es sein, "die deutsche Volksernährung zu sichern". Tatsächlich ging es darum, die Aufrüstung mit der innenpolitischen Stabilität in Einklang zu bringen, indem der Ernährungswirtschaft zur Überwindung der Herbstkrise kurzfristig höhere Priorität eingeräumt wurde. Bevor Göring schließlich diese Entscheidung traf, die im Sinne des Landwirtschaftsministers ausfiel, wurden im Preußischen Staatsministerium umfassende Untersuchungen über die Ernährungslage und die Handels- und Zahlungsbilanzsituation angestellt. Auch nachdem die vorläufige Entscheidung gefallen war, ließ sich Göring laufend über die wirtschaftliche Entwicklung berichten. Damit begann Görings Eingreifen in die Wirtschaftspolitik, die bisher das unbestrittene Feld Schachts gewesen war. Diese Schiedsrichterposition wurde einige Monate später auf wichtige Bereiche der Gesamtwirtschaftspolitik ausgedehnt. Sie machte schließlich den Luftfahrtminister zur Schlüsselfigur der Wirtschaftspolitik.

Görings Intervention bewirkte, daß im Dezember 1935 und Januar 1936 12,4 Mill. RM Devisen zusätzlich für die Einfuhr von Ölsaaten bereitgestellt wurden. Damit sollte während des Winters der Zusammenbruch der Fettversorgung vermieden und die Gefahr der Bewirtschaftung abgewendet werden, da die Einführung der Fettkarte die Position des Regimes empfindlich geschwächt hätte. Diese Maßnahmen konnten zwar für einige Wochen oder Monate eine weitere Verschlechterung in der Versorgung der Bevölkerung verhindern. Sie bedeuteten aber keine wirkliche Lösung der Außenwirtschaftskrise, sondern nur ein Kurieren an Symptomen. Angesichts des zu geringen Devisenaufkommens mußten weitergehende Maßnahmen getroffen werden. Anfang 1936 forderte Schacht deshalb die Aufstellung eines langfristigen Produktionsplans für die Landwirtschaft, um Eigenproduktion und Einfuhr aufeinander abstimmen und somit eine Entscheidungsgrundlage auch für die anderen Sektoren zu erhalten⁴⁰. Trotz zusätzlicher Einfuhren waren die Preise für einzelne Lebensmittel während des Jahres 1935 bis zu 50% gestiegen (so etwa für spezielle Fleischsorten)41. Hinzu kam, daß schon im Januar 1936 von Darré erneut ein höheres Devisenkontingent gefordert wurde. Das hätte bis Ende März 1936 eine Zusatzbelastung von 15 Mill. RM bedeutet. Einige Wochen später, Mitte Februar, als das Landwirtschaftsministerium für den Ölsaatenimport im 2. Quartal 1936 gar eine Verdoppelung des bisherigen Bardevisen-Kontingents auf 59,2 Mill. RM forderte, verweigerte Schacht wie einige Monate vorher die Bewilligung 42. Schachts äußerste Konzession war das Angebot von zwei Dritteln der angeforderten Devisen. Daraufhin trat Darré die Flucht nach vorn an. In einer an Hitler, Göring und Schacht übersandten Denkschrift schilderte er die Folgen dieser Weigerung in den dunkelsten Farben⁴³. Der Wirtschaftsminister, der sich nicht

⁴⁰ Memorandum von Schacht vom 3. 2. 1936, S. 10, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

⁴¹ Im Jahre 1935 erhöhten sich die Einzelhandelspreise für Rindfleisch um 32 %, für Kalbfleisch um 55 %, für Schaffleisch um 32 %, für Schlachtvieh insgesamt um 18 % und für landwirtschaftliche Erzeugnisse insgesamt um 9 %. (Berechnet nach: "Preise und Lebenshaltungskosten im Jahre 1935", in: Wirtschaft und Statistik, 16. Jahrgang, 1936, S. 2–9.)

⁴² Schacht an Darré am 12. 3. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

⁴³ Darré an Schacht am 16. 3. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

die Verantwortung für die gefährdete Versorgung der Bevölkerung aufbürden lassen wollte, reagierte darauf am 24. März 1936 in schärfster Form: "Jedenfalls muß ich Ihren Versuch, mich für die von Ihnen zu vertretenden Ernährungsschwierigkeiten verantwortlich zu machen, weil ich nicht genügend Devisen für Ihre sprunghaft steigenden Anforderungen zur Verfügung stellte, mit allem Nachdruck zurückweisen. Vielmehr kommt es m.E. darauf an, . . . mindestens die volle Produktionsleistung der Landwirtschaft, wie Sie sie 1935 übernommen haben, wieder herzustellen . . . ,Von der Devisenseite her' ist Unmögliches nicht zu erwarten. Ich bin nämlich kein Dukatenmännchen."44

Die Krise konnte ohne eine Revision der bisherigen Ziele und wirtschaftspolitischen Mittel nicht mehr gelöst werden. Schacht forderte deshalb, "daß die ganze Lage auf dem Devisen-Rohstoff- und Ernährungsgebiet zu einer grundlegenden Untersuchung durch einen Beauftragten des Führers gemacht würde". 45 Obwohl Hitler durch persönliches Eingreifen noch einmal die vorrangige Bereitstellung von 60 Mill. RM für den Ernährungssektor veranlaßte, schienen Verbrauchseinschränkungen und die mit ihnen verbundene Einführung des Kartensystems notwendig zu sein, sollten nicht andere Wirtschaftsbereiche, die von der Aufrüstung und vom regelmäßigen Rohstoffbezug lebten, lahmgelegt werden.

Die Frage der Rohstoffversorgung war sachlich noch enger mit dem Außenhandel verknüpft als die Nahrungsmittelversorgung, da bei vielen Rohstoffen – vor allem rüstungswichtigen unedlen Metallen, bei Kautschuk und Mineralöl – Deutschland beinahe vollständig auf die Lieferungen des Auslands angewiesen war. Von ausreichenden Rohstoffeinfuhren hingen die Vollbeschäftigung der Industrie und – was für die Staatsführung mindestens ebenso wichtig war – die Aufrüstung ab. Entsprechend der hohen Priorität der Rüstung stieg das Importvolumen der Rohstoffe schon 1933 um 13% gegenüber 1932 an, während das Volumen der Gesamteinfuhr 1933 unter dem Stand des Vorjahres lag. Die von Schacht perfektionierte Politik der "selektiven Importe" führte dazu, daß die Rohstoffimporte 1933/34 bereits wieder 86% des Hochkonjunkturstandes von 1928 erreichten, die Agrarimporte dagegen nur 66%. Mit dieser Politik konnten daher die von der Rüstungsund Investitionskonjunktur verursachten Rohstoffbedürfnisse in den ersten zwei Jahren befriedigt werden, obwohl der Welthandel noch stagnierte.

Diese für das Regime zunächst befriedigende Entwicklung wurde 1935 unterbrochen. Mit mehrjähriger Verzögerung gegenüber dem Produktionsbereich wurde zu diesem Zeitpunkt der Tiefstand im Außenhandel erreicht. 1935/36 war das Importvolumen um beinahe ein Zehntel niedriger als 1933/34. Der Rückschlag trat zu einem Zeitpunkt ein, als nicht nur höhere Lebensmitteleinfuhren notwendig wurden, sondern die Aufrüstungspläne Hitlers weiter steigende Rohstoffmengen erforderten. Statt dessen sanken die Importe gleichzeitig mit den Exporten ab und lagen 1935/36 unter dem Niveau des Jahres 1933. Während dank Darrés Interventionen bei Hitler die Agrarimporte in der zweiten Jahreshälfte 1935 um 21 %

⁴⁴ Schacht an Darré am 24. 3. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

⁴⁵ Thomas, Wehrwirtschaftsgeschichte, S. 111.

gegenüber dem ersten Halbjahr anstiegen (im gesamten Jahr 1935 jedoch beträchtlich unter dem Niveau von 1934 lagen!), verringerte sich die Rohstoffeinfuhr wertmäßig um 13%, dem Volumen nach noch stärker⁴⁶. Die wichtigen Rohstoffe wie Metalle, Kautschuk und Baumwolle mußten am Weltmarkt mit Devisen beglichen werden, so daß ein Ausweichen auf Verrechnungsabkommen (wie es erfolgreich gegenüber Südosteuropa praktiziert wurde) nicht möglich war. Im Dezember 1935 mußte Schacht dem Reichskriegsminister, der zur Beschleunigung der Rüstung einen Mehrimport unedler Metalle gefordert hatte, erklären, daß eine Steigerung der Rohstoffeinfuhr nicht möglich sei. Dem Importbedarf für die Zeit Oktober 1935 bis Oktober 1936 in Höhe von 2142 Mill. RM stünden nur Zahlungsmöglichkeiten von 1776 Mill. RM gegenüber. Der Devisen- und Goldbestand der Reichsbank betrage nur noch 88 Mill. RM (das entsprach dem Importbedarf von einer Woche!), eine weitere Reduzierung würde das Mißtrauen der Bevölkerung wachrufen⁴⁷.

Anfang 1936 waren – so Schacht in einem Memorandum von Februar 1936 – die "industriellen Rohstoffvorräte . . . auf einen Stand gesunken, der die laufenden Arbeitsdispositionen der Werke ernstlich stört, . . . jede weitere Verminderung der Rohstoffzufuhr sofort zu Einschränkungen in der industriellen Beschäftigung [führt]"⁴⁸. In der Denkschrift führte Schacht weiter aus, daß es wegen des Mangels an Kupfer und Blei bereits zu Einschränkungen in der Metallindustrie gekommen sei. Den größten Engpaß stelle Kautschuk dar, so daß ab September 1936 mit Stilllegungen gerechnet werden müsse. Im Frühjahr 1936 waren schließlich die Rohstoffbestände auf 1–2 Monatsvorräte geschrumpft, während sie um die Jahreswende 1935/36 nach Berechnungen des Gutachterausschusses für Rohstofffragen noch für 5–6 Monate gereicht hatten. Das Reichswirtschaftsministerium forderte deshalb, das Tempo der Aufrüstung zu verlangsamen und möglichst schnell deutsche Ersatzstoffe einzuführen⁴⁹. Das kam jetzt um so überraschender, als das Ministerium bislang entsprechende Initiativen eher behindert als gefördert hatte.

Eine Verlangsamung der Aufrüstung stand aber für Hitler und Göring zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion. Deshalb war eine anderweitige Lösung des Problems nicht mehr zu umgehen. Für Hitler bestand sie zunächst in organisatorischen und personellen Maßnahmen. Das entsprach seiner Vorstellung von der "Organisierbarkeit" von Gesellschaft und Wirtschaft, die für ihn eine Frage des Willens war⁵⁰. Die für Hitler nicht akzeptablen Vorstellungen Schachts riefen – sehr typisch – bei Hitler das zunehmende Empfinden hervor, daß Schacht nicht mehr der richtige

⁴⁶ Denkschrift Schacht vom 3. 2. 1936, S. 5, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

⁴⁷ Schreiben von Schacht an Blomberg vom 24. 12. 1935, Dok. EC-293, IMT XXXI, S. 291 ff. Schacht machte für die Exporterschwerung auch die Judenpolitik verantwortlich.

⁴⁸ Denkschrift von Schacht vom 3. 2. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/614.

⁴⁰ Sitzung des Gutachterausschusses für Rohstofffragen am 26. 5. 1936, Dok. NI-5380, S. 2 und Denkschrift RWM vom April 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203.

Typisch für diese Haltung sind etwa Hitlers Bemerkungen in der Denkschrift zum Vierjahresplan, wo er ausführt, daß die Mobilisierung der Metallvorräte kein Wirtschaftsproblem, sondern ausschließlich eine Willensfrage sei.

Mann für die Wirtschaftspolitik sei. Deshalb wurde im Herbst 1935 der zweite Mann des Dritten Reiches während der "Brotkrise" zum "Brotkommissar" ernannt. Deshalb wurde auch in den Krisenmonaten des Jahres 1935 der Versuch gemacht, an die Stelle des unbequemen Schacht den preußischen Finanzminister Popitz zu setzen. Von ihm glaubten viele, er würde durch Kreditexpansion der wegen der Außenhandelskrise erneut drohenden Arbeitslosigkeit begegnen. Erst im April 1936 wurden jedoch neue weittragende Entscheidungen getroffen, als die Außenhandelskrise durch die Treibstofffrage eine weitere Verschärfung erfahren hatte.

2. Die Treibstoff-Frage

Das staatliche Interesse am Ausbau der deutschen Mineralölindustrie (von dem starken Interesse der Industrie, vor allem der I.G.-Farben, kann an dieser Stelle abgesehen werden) ging auf unterschiedliche Intentionen der Wehrmacht und des Wirtschaftsministeriums zurück. Die militärischen Stellen, besonders der Wehrwirtschaftsstab und das Luftfahrtministerium, forderten einen umfassenden und schnellen Aufbau einer eigenen Treibstoffindustrie auf der Basis der in Leuna entwickelten Kohleverflüssigung, um im Kriegsfall vom Ausland unabhängig zu sein. Die Treibstofffrage nahm im strategischen Denken der Wehrmachtsstäbe eine hervorragende Position ein, da sich gerade hier wie auch bei anderen Rohstoffen im Weltkrieg die kriegsentscheidende Überlegenheit der Alliierten gezeigt hatte.

Auch Schacht war kein prinzipieller Gegner der Hydrierwerke. Er wehrte sich allerdings dagegen, die Entscheidung über ihren Aufbau nur militärischen und wehrwirtschaftlichen Erwägungen unterzuordnen. Der Reichswirtschaftsminister, stärker an der Lösung der binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme interessiert, wollte den Aufbau auf ein wirtschaftlich tragbares Maß beschränken. Er befürchtete, daß der überstürzte Aufbau eines neuen Industriezweiges zusätzliche Belastungen der Devisenbilanz und der inländischen Produktionskapazitäten hervorrufen würde, die bei dem schon erreichten Tempo der Aufrüstung nicht vertretbar seien. Hinzu kam der prinzipielle Einwand, ob eine große Treibstoffindustrie mit den zwangsläufig hohen Produktionskosten des Hydrierverfahrens wirtschaftlich vertretbar sei, zumal der deutsche Friedensbedarf relativ billig durch Importe zu decken war.

Bei dieser Argumentation zeigte sich deutlich die verschiedene Grundeinstellung gegenüber dem Problem der Autarkiepolitik. Sie wurde neben dem Machtbedürfnis einzelner Persönlichkeiten die wichtigste Ursache der Rivalität zwischen Wehr- und Wirtschaftsministerium hinsichtlich der Zuständigkeit für die Rohstoffwirtschaft. Als mit der weiteren Aufrüstung, speziell dem Aufbau der Luftwaffe, der Mineralölbedarf sprunghaft anstieg, entwickelten sich hieraus Kompetenzkämpfe, die schließlich einer der Gründe für die Errichtung eines Rohstoff- und Devisenkommissariats im April 1936 wurden. Die Stadien dieser Auseinandersetzung zwischen Wehrmacht und Wirtschaftsministerium machen deutlich, in welchem Maße die

"Treibstoff-Frage" zum entscheidenden Faktor für die Revision der Wirtschaftspolitik wurde.

Der Konflikt zwischen Wehr- und Wirtschaftsministerium begann im Herbst 1934, dem Gründungsdatum der Braunkohle-Benzin-A.G. Verantwortlich für Gründung und Errichtung der Braunkohle-Hydrierwerke war das Wirtschaftsministerium, das die Braunkohleindustrie zur Gründung einer wirtschaftlichen Pflichtgemeinschaft zwang. Die Auflage, gemeinsam mehrere Hydrierwerke zu erstellen, löste bei den betroffenen Unternehmen heftigen Widerstand aus. Sie befürchteten, daß die Hydrierung auf der Basis der Braunkohle unwirtschaftlich sein würde, und wehrten sich gegen die Aufbringung großer Investitionssummen. Schon im Spätherbst 1934, noch in der Gründungsphase der neuen Gesellschaft, erfolgte eine massive Intervention des Wehrwirtschaftsstabes gegen eine deutlich erkennbare Verzögerungstaktik der Industrie. Auf einer Aufsichtsratssitzung der Brabag forderte Oberst Thomas die Industriellen auf, keine weitere Zeit mit vorbereitenden Planungen zu verlieren. Die Unternehmer sollten endlich mit dem Bau der Werke beginnen, damit bis Ende 1936 die Produktion anlaufen könne⁵¹. Das Drängen des Wehrministeriums war unter militärischen Gesichtspunkten verständlich. 1935 konnte mit einer Deckung von höchstens 51% des Treibstoffbedarfs im Mob.-Fall gerechnet werden, eine Quote, die jede militärische Planung von vornherein ad absurdum führen mußte. Bei dem gegebenen Trend befürchtete der Wehrwirtschaftsstab bis 1938 sogar ein Absinken der Deckungsquote auf 40%⁵².

Im Laufe der ersten Monate 1935 entstand im Kriegsministerium der – sachlich wohl richtige – Eindruck, das Wirtschaftsministerium treibe den Ausbau der Mineralölwirtschaft nur unzureichend und zögernd voran und toleriere übergebührlich die Zurückhaltung der Braunkohleindustrie. Das RKM versuchte deshalb, selbst den entscheidenden Einfluß auf die Planung und den Ausbau der Treibstoffindustrie zu erhalten. Im Mai 1935 forderte der Wehrwirtschaftsstab des Kriegsministeriums, Wehrmacht und Wirtschaftsministerium sollten eine gemeinsame Leitungsinstanz für alle Fragen der Mineralölindustrie bilden, offiziell, um das Gegeneinander der verschiedenen ministeriellen Abteilungen zu vermeiden, tatsächlich aber, um zunächst einmal die Alleinzuständigkeit Schachts zu unterminieren ⁵³. Der entscheidende offizielle Vorstoß des Kriegsministeriums erfolgte Anfang Juni dieses Jahres, als Blomberg in einem Schreiben an Schacht einen Sonderbeauftragten forderte, der als "Treibstoffkommissar" sämtliche Ausbaumaßnahmen überwachen und koordinieren sollte ⁵⁴. Schacht erkannte sehr deutlich die Absicht Blombergs und setzte

⁵¹ Hierzu Dok. NI-3975, Aktenvermerk vom 24. 1. 1935; Niederschrift von Bockelberg vom 24. 1. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/1171, S. 335. Eine ausführliche Darstellung dieser Vorgänge findet sich bei Birkenfeld, Treibstoff, a. a. O., S. 43 ff.

⁵² Warlimont auf Sitzung im RKM am 27.7.1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 713.

⁵⁸ Entwurf des Wehrwirtschaftsstabes vom 25. 5. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 773.

⁵⁴ Schreiben Blomberg an Schacht vom 3. 6. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 733 ff.

sich gegen die vorgesehene Kompetenzbegrenzung scharf zur Wehr. Seine Haltung änderte sich auch nicht, als Blomberg vorschlug, das geplante Treibstoffkommissariat der Oberleitung des Wirtschaftsministers zu unterstellen, da die praktische Arbeit doch in hohem Maße von den Wehrmachtsvertretern bestimmt worden wäre 55. Blomberg verzichtete angesichts der entschlossenen Haltung Schachts auf seinen Antrag, ließ sich aber vorher zusichern, daß das Wirtschaftsministerium nunmehr von sich aus größere Initiative entfalten werde.

Blomberg scheint aber nur taktisch zurückgesteckt zu haben. Schon im August 1935 drängte sein Wehrwirtschaftsstab erneut, bei Hitler und Schacht eine eigene Institution der Wehrmacht durchzusetzen. Zwar habe Schacht den Oberberghauptmann Schlattmann als Leiter einer Sonderabteilung für Treibstofffragen im RWM berufen, doch sei davon ebensowenig wie von den bisherigen Instanzen des Wirtschaftsministeriums zu erwarten 56. Den Hauptangriffspunkt der sich wiederholenden Interventionen des Wehrwirtschaftsstabes bildete die erkennbare Einstellung des Wirtschaftsministers, einen Ausbau dieses Industriezweiges nur insoweit zu fördern, wie es den voraussichtlichen Absatzmöglichkeiten in Friedenszeiten entsprach. Diesen Gesichtspunkt aber wollte und konnte die Wehrmacht, die vom Mob.-Fall ausging, nicht akzeptieren.

Der Kriegsminister wurde aus diesem Grunde im Oktober 1935 wiederum bei Schacht vorstellig, um – wie die offizielle Lesart des RKM lautete – "die zunehmende Unsicherheit auf dem Gebiet der deutschen Treibstoffwirtschaft" zu überwinden ⁵⁷. Schacht lehnte daraufhin im November 1935 erneut eine zentrale Lenkungsinstanz ab, mit der Begründung, "da enge Verbindung aller Fragen mit der Friedenswirtschaft bestünde [n] "58. Das hieß konkret, daß Schacht nicht bereit war, die Treibstoffwirtschaft als gesonderten Bereich der Gesamtwirtschaft gelten zu lassen, der speziellen Regelungen der Wehrmacht vorbehalten war.

Schachts Weigerung veranlaßte Hitler und Göring, sich in den Konflikt zwischen Kriegs- und Wirtschaftsministerium einzuschalten ⁵⁹. Die "friedenswirtschaftliche" Konzeption Schachts lehnten sie ab, da diese ihre militärpolitischen Planungen in hohem Maße gefährden mußte. Göring sah gleichzeitig eine Chance, selbst Einfluß auf die Treibstoffpolitik zu gewinnen. Er intervenierte in seiner Eigenschaft als

⁵⁵ Aktenvermerk des Wehrwirtschaftsstabes vom 11. 7. 1935 über die Sitzung in der Reichskanzlei vom 9. 7. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 719.

⁵⁶ Entwurf einer Vortragsnotiz von Major Czimatis zu Vortrag bei Blomberg, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/435, S. 645.

⁵⁷ Schreiben des Reichskriegsministers an Schacht vom 25. 10. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 631 f.

⁵⁸ Vermerk über den Schriftwechsel und die Besprechungen betr. Treibstoffkommissar vom 3. 6. 1935 ab, (Wehrwirtschaftsstab) vom 29. 11. 1935, S. 3, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 505.

Besprechung bei Hitler am 17.10.1935, bei der die Notwendigkeit der "Besserung der Mineralölversorgungslage" erörtert wurde und Schreiben des Reichsluftfahrtministeriums vom 27.7.1935 und 15.11.1935. – Erwähnt in einem Vermerk des Wehrwirtschaftsstabes "Gründe für die Einsetzung eines Treibstoffkommissars" (wahrscheinlich Ende Nov. 1935), BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 495-499.

Reichsluftfahrtminister und Oberbefehlshaber der Luftwaffe und forderte die Unterstellung eines künftigen Treibstoffkommissars unter seine Befehlsgewalt.

An einer solchen Lösung waren jedoch weder Schacht noch Blomberg interessiert. Blomberg mußte befürchten, von dem aktiven Luftwaffenchef immer mehr überrundet zu werden, und versuchte, dem durch eigene Aktionen entgegenzuwirken. Die Befürchtungen seines Wirtschaftsstabes, daß "die Fehler... auf dem Gebiet der Motorisierung und der Treibstoffwirtschaft... zu schwersten Störungen der Mobilmachung und der Kriegswirtschaft" führen würden 60, nahm er zum Anlaß, im Januar 1936 Organisationsentwürfe für das Amt eines "Sonderbeauftragten für die Mineralölwirtschaft" vorzulegen 61. Darin war Schacht in seiner Funktion als "Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft" noch als oberste Instanz vorgesehen.

Die problematische Frage der obersten Zuständigkeit, bei der Blomberg vorläufig zugunsten von Schacht Stellung genommen hatte (wohl vor allem, um nicht selbst von dem immer mehr Ämter sammelnden Göring ausgeschaltet zu werden), scheint die Ursache dafür gewesen zu sein, daß in den folgenden Wochen von Hitler keine Entscheidung gefällt wurde. Eine baldige Lösung war jedoch unumgänglich, da im März 1936 das Treibstoffproblem noch dringlicher wurde. Rußland und Rumänien verhängten Ölausfuhrverbote bzw. forderten plötzlich die Bezahlung der Lieferungen in Bardevisen, so daß zu diesem Zeitpunkt die Deckung eines Drittels des gesamten deutschen Erdölbedarfs gefährdet war. Der Wehrwirtschaftsstab verdeutlichte in einer Denkschrift nachdrücklich die Zusammenhänge von Treibstoffversorgung und Außenhandelskrise und forderte einschneidende Maßnahmen zur Lösung der Krise⁶². Das akute Versorgungsproblem dürfte für Blomberg der Anlaß gewesen sein, seinen Plan vom Januar zu revidieren, nach dem der künftige Treibstoffkommissar Schacht unterstehen sollte. Gleichzeitig war es die Gelegenheit für Göring, sich selbst - nachdem zunächst Keppler im Gespräch gewesen war - als die Lösung des Problems zu empfehlen. Am 14. März 1936 äußerte er sich gegenüber General Kesselring, "daß er zum Treibstoffdiktator ernannt sei".63 Einige Wochen später lag der überarbeitete Entwurf eines Organisationsplans für den "Generalinspektor für die deutsche Mineralölwirtschaft" vor, der Göring als Generalinspektor und Kesselring als Stabschef nominierte⁶⁴. Dieser Plan wurde jedoch nicht mehr verwirklicht, sondern zugunsten einer umfassenderen Lösung fallengelassen.

⁶⁰ Stellungnahme des Wehrwirtschaftsstabes vom 17. 12. 1935, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 475 f.

⁶¹ BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 383 u. 385.

⁶² Der Anteil der Importe am deutschen Gesamtverbrauch betrug 1935 66 %. Die Hälfte der Importe stammte aus Rumänien (36,8 %) und Rußland (12,3 %). Hierzu Dok. NI-5380, S. 15; zur Ausfuhrpolitik Rußlands und Rumäniens siehe Aufzeichnung des Wehrwirtschaftsstabes vom 9. 3. 1936, Dok. PS-1301, IMT XXVII, S. 128 ff.

⁸³ Vermerk über Besprechung Kesselring – Major Czimatis vom 19. 3. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 321 u. 323.

⁶⁴ Organisationsplan vom 4. 4. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 297.

1. Der Rohstoff- und Devisenstab

Am 4. April 1936 erfolgte eine "Führerweisung, wodurch der preußische Ministerpräsident Göring mit der Prüfung und Anordnung aller erforderlichen Maßnahmen zur Besserung der Rohstoff- und Devisenlage beauftragt" wurde⁶⁵. Die enge Verbindung von Außenhandelskrise, Rohstoff- und Mineralölversorgung war die Ursache, daß keine isolierte Lösung auf den einzelnen Gebieten verwirklicht wurde. Nach Angaben Görings⁶⁶ waren im März 1936 Schacht, Blomberg und Sonderminister Kerrl an ihn herangetreten, um ihn für den Plan einer gemeinsamen Kommission zur Behebung der Rohstoff- und Devisenkrise zu gewinnen. Schachts Absicht, Göring als Schild gegenüber der Partei zu benutzen, um unpopuläre Maßnahmen wie die Drosselung des privaten Verbrauchs durchzusetzen, die eigentliche Entscheidungsgewalt jedoch selbst auszuüben, sollte sich als Trugschluß erweisen, da die "Führerweisung" die Befugnisse in Görings Hand konzentrierte. Indem Göring Weisungsrecht gegenüber den Fachministerien in der Frage der Rohstoff- und Devisenbeschaffung erhielt, war der Luftfahrtminister neben Schacht zur zentralen Figur der deutschen Wirtschaftspolitik geworden. Aus der Betrauung Görings geht nicht nur hervor, welche Bedeutung die Wirtschaftsfragen in dieser Zeit für den nationalsozialistischen Staat hatten; hieran wird auch deutlich, wie sehr sich die Position des Regimes gefestigt hatte, das es sich jetzt leisten konnte, einen Mann wie Schacht, der bei weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft als Vertrauensperson und Garant unternehmerischer Freiheit galt, zum Teil der Weisungsbefugnis Görings zu unterwerfen. Die vollen Auswirkungen dieser Kräfteverschiebung innerhalb der Führungsschicht wurden jedoch erst 1937 offenkundig.

Görings Tätigkeit als Rohstoff- und Devisenkommissar bedeutet sachlich wie zeitlich die unmittelbare Vorstufe zum Vierjahresplan. Von Anfang an machte Göring deutlich, daß er die ihm übertragenen Vollmachten auszuschöpfen gedachte. Am 4. Mai 1936 betonte er, "daß er in seiner Aufgabe nicht nur einen Prüfungsausschuß sehe, sondern daß er die Verantwortung für die notwendige Regelung übernehmen werde"67. Seine einschränkende Feststellung, daß "eine Schwächung der Verantwortung der Ministerien . . . dabei nicht eintreten solle", stand damit nicht im Widerspruch, sondern bedeutete nur, daß er keinen neuen großen bürokratischen Apparat errichten, vielmehr mit einem relativ kleinen Stab die einschlägigen Richtlinien aufstellen, im übrigen aber die bestehende Bürokratie als Exe-

⁶⁵ Georg Thomas, Wehrwirtschaftsgeschichte, S. 111.

⁶⁶ IMT IX, S. 319; Göring im Schreiben vom 22. 8. 1937 an Schacht, IMT XXXVI, S. 553, Dok. EC-493.

⁶⁷ Göring auf einer Ministerbesprechung am 4. 5. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 341 ff.

kutivorgan benutzen wollte. Noch im April wurde ein Arbeitsstab unter Leitung von Oberst Löb (aus Görings Luftfahrtministerium delegiert) eingerichtet. Er sollte als Verbindungsstelle zu den Ministerien dienen, sich auf die Planungs- und Koordinationsaufgaben beschränken und nicht als Verwaltungsorgan in Konkurrenz zu den Fachministerien tätig werden. Darüber hinaus plante Göring die Einrichtung von Ausschüssen⁶⁸ und Arbeitskreisen sowie eines Gutachtergremiums aus Kreisen der Wirtschaft, die beratend an der Lösung der Probleme mithelfen sollten. Anfang Mai 1936 nahm der "Rohstoff- und Devisenstab", der fünf Monate später zum Kern der Vierjahresplan-Organisation wurde, seine Arbeit auf.

Bei der Beauftragung Görings war weder eine eindeutige Abgrenzung gegenüber den Wirtschaftsstäben der Wehrmacht vorgenommen worden noch gegenüber dem Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft, zu dem Hitler ein Jahr vorher Schacht ernannt hatte. Trotz der Zusicherung Görings, daß er sich auf Planungsarbeiten beschränken wolle, war damit der Grundstein für Konflikte zwischen rivalisierenden Institutionen gelegt. Sie trugen nicht unerheblich zu der für die Herrschaftsstruktur des nationalsozialistischen Führerstaates typischen Ausbreitung bürokratischer Kompetenzkämpfe bei. Am 2. Mai 1936, zwei Tage vor der oben zitierten Ministerbesprechung, machte sich der Wehrwirtschaftsstab zum Fürsprecher der bisherigen Zuständigkeitsverteilung. Er forderte, daß die Befugnisse von Wehrmacht und Fachministerien auf dem Gebiet der Rohstoffwirtschaft sowie die Form der bisherigen Zusammenarbeit erhalten bleiben sollten. Nach seinen Vorstellungen sollte sich das Göringsche Stabsamt auf die Beschaffung von Rohstoffen und Devisen beschränken, die Verteilung aber den vorhandenen Stellen vorbehalten bleiben 69. Göring, auf Unterstützung des Kriegsministeriums angewiesen, sicherte Blomberg am 4. 5. 1936 zu, daß die Wehrmacht weiterhin selbständig ihren Rohstoff- und Devisenbedarf festlegen könne, der Verkehr mit den Überwachungsstellen durch den Wehrwirtschaftsstab zu erfolgen habe und die Leitung der wirtschaftlichen Mobilmachung Angelegenheit der militärischen Stäbe bleiben würde. So vorsichtig Göring gegenüber Blomberg taktierte, so aggressiv war sein Verhalten gegenüber Schacht. Zwar sollte nach Görings Vorstellungen die Position des Generalbevollmächtigten für die Kriegswirtschaft zunächst erhalten bleiben, dieser jedoch seinen Weisungen unterworfen werden. Diese Forderung bedeutete eine offene Kampfansage an den Wirtschaftsminister. Nicht genug, daß Göring bereits die Alleinzuständigkeit Schachts für die Wirtschaftspolitik beseitigt hatte, mutete er ihm jetzt zu, sich zusätzlich in einem weiten Feld der Wirtschaftspolitik seiner - Görings - Befehlsgewalt zu beugen. Dafür war 1936 Schachts Stellung, der einen wichtigen Rückhalt in Teilen der Industrie- und Bankenwelt hatte, noch zu stark.

⁶⁸ In einem kleinen Ausschuß sollten die wichtigsten Minister wie Blomberg, Schacht, Schwerin-Krosigk, Darré, Kerrl, Popitz und Funk vertreten sein. Hierzu ebenfalls die Besprechung bei Göring vom 4. 5. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203.

⁶⁹ Notiz des Wehrwirtschaftsstabes vom 2. 5. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 549 f.

Trotz der Zusicherungen an Blomberg kam es zwischen dem Rohstoff- und Devisenstab und den militärischen Wirtschaftsstäben schon im Mai 1936 zu Differenzen, da Göring beabsichtigte, die Mineralölwirtschaft seiner alleinigen Entscheidungsbefugnis zu unterstellen. Die Kompetenzen sollten teils dem Rohstoffstab, teils einem Sonderstab des Luftfahrtministeriums übertragen werden. Blomberg versuchte demgegenüber, Görings Ansprüche zurückzudrängen, um zu verhindern, daß sich jener mit Hilfe seiner wirtschaftspolitischen Befugnisse einseitige Vorteile für die Luftwaffe sicherte. Im Juni 1936 wies er bei Göring auf jene Aufgabengebiete hin, "die wegen ihrer gleichmäßigen Bedeutung für alle drei Wehrmachtsteile" der Entscheidungsgewalt des Kriegsministeriums vorbehalten bleiben sollten⁷⁰. Nach Auffassung des Ministeriums sollte der Rohstoff- und Devisenstab nur für die Verbrauchsregelung außerhalb der Wehrmacht, für Grundsatzfragen der Rohstoff-Bedarfsdeckung und die Entwicklung und Forschung zuständig sein.

Monate später, im September 1936, entschied Göring den Streit in der Frage, wem im Mobilmachungsfall die Mineralölbewirtschaftung zustehe, zu seinen Gunsten⁷¹. Die Kooperation der Stäbe wurde davon kaum berührt, zumal der Streit zunächst rein theoretischer Natur war. In der praktischen Arbeit beschränkte sich der Rohstoff- und Devisenstab in den wenigen Monaten seiner Existenz auf den zwischen Göring und Blomberg vereinbarten Rahmen. Der Wehrwirtschaftsstab bzw. die Stäbe der einzelnen Wehrmachtsteile stellten weiterhin selbständig den Bedarf an Rohstoffen fest und übermittelten die einschlägigen Daten an den Rohstoff- und Devisenstab, dessen Aufgabe es sein sollte, die für die Bedarfsdeckung notwendigen Maßnahmen einzuleiten. Innerhalb des Rohstoff- und Devisenstabes bestand wiederum eine Aufgabenteilung zwischen dem Preußischen Staatsministerium, das die Devisenangelegenheiten bearbeitete, und dem eigentlichen Rohstoffstab unter Oberstleutnant Löb, der sich mit den Rohstoffproblemen beschäftigte.

Die erste Maßnahme des neuen Stabes war die Erstellung einer Devisenbilanz und eine Bestandsaufnahme über die Versorgungslage bei Rohstoffen. Schon im Mai 1936 wurden dann in einer Reihe von Ministerbesprechungen die wirtschaftlichen Probleme und ihre mögliche Lösung diskutiert⁷². Dabei zeigten sich erneut die tiefgreifenden Differenzen in der wirtschaftspolitischen Konzeption, die eine Einigung selbst in den Fragen des zweckmäßigsten Weges der Devisenbeschaffung und der Verteilung der Devisen und Rohstoffe auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche verhinderten. Die Gegensätze entzündeten sich immer wieder an der Frage des Aufrüstungstempos. Während Schacht sich im Interesse einer kontinuierlichen

⁷⁰ Schreiben von Blomberg an Göring am 23. 6. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 257 f.

⁷¹ Auszug aus Aktenvermerk des Wehrwirtschaftsstabes vom 23. 9. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/433, S. 249.

⁷² Sitzung des Ministerrats am 12. 5. 1936, siehe Dok. PS-1301, IMT XXVII, S. 135ff.; Sitzung des Ministerrats am 15. 5. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 447ff.; Sitzung des Ministerrats am 27. 5. 1936, siehe IMT XXVII, S. 144ff., Dok. PS-1301; Sitzung des Gutachterausschusses siehe Dok. NI-5380.

wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung für eine - zumindest vorübergehende - Rüstungsbeschränkung aussprach, sah Göring seine Aufgabe in der "Sicherung der Aufrüstung". Eine vom Wirtschaftsminister am 12. Mai 1936 empfohlene zeitweise Drosselung des Aufrüstungstempos lehnte Göring strikt ab. Unbekümmert von dem Argument Schachts, daß "die Erzeugung von innerdeutschen Rohstoffen . . . dort ihre Grenze [findet], wo eine Verteuerung der Exportware dadurch entsteht "73, forderte Göring einen forcierten Ausbau der Ersatzstoffindustrien. Die grundsätzliche Meinungsverschiedenheit macht evident: Für Schacht war in erster Linie der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit maßgebend; Ersatzstoffe waren deshalb für ihn nur ein Notbehelf, bis ein wieder funktionsfähiger Welthandel eine bessere Versorgung der deutschen Volkswirtschaft gewährleisten würde. Für Göring aber galt, daß "alle Maßnahmen vom Standpunkt der gesicherten Kriegsführung aus zu betrachten" seien⁷⁴. Unter diesem Aspekt mußte eine starke Auslandsabhängigkeit als Hauptgefahr erscheinen und dem Außenhandel konnte nur eine subsidiäre Rolle auf Zeit eingeräumt werden. General Thomas charakterisierte deshalb zutreffend Absicht und Tätigkeit des Rohstoffstabes: "Die Arbeiten, die Ministerpräsident Göring anordnete, lagen zunächst auf dem Gebiet der devisenmäßigen Finanzierung der Aufrüstung, zum anderen auf der Klärung der Rohstofflage zur Sicherung der weiteren Aufrüstung. "75 Allen anderen Zielen kam nur eine untergeordnete Bedeutung zu.

Bemerkenswert waren auch die in den Sitzungen des Ministerrats und des Gutachterausschusses vom Mai 1936 zutage tretenden Differenzen in der Frage der Exportausweitung, die als kurzfristige Maßnahme von allen Beteiligten für notwendig gehalten wurde, solange es noch keine leistungsfähige einheimische Rohstoffindustrie gab. Harte Auseinandersetzungen ergaben sich dabei jedoch zwischen Schacht und dem preußischen Finanzminister Popitz über die anzuwendende Methode⁷⁶. Popitz war der Meinung, daß das System der Genehmigungen und Exportsubventionen des Neuen Plans restriktiv wirke. Er befürwortete eine grundsätzliche Liberalisierung des Außenhandels und einen Abbau der bisher im Vordergrund stehenden Verrechnungsabkommen. Diesem weitgehenden Vorschlag konnte Göring schon aus außenpolitischen Gründen nicht zustimmen, da die Einräumung oder Verweigerung von Präferenzen im Außenhandel seit 1934 zu einem wichtigen Instrument flexibler bilateraler Außenpolitik namentlich gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten geworden war. Dessen gezielter Einsatz hing von der Existenz der Verrechnungsabkommen ab, die eine beträchtliche Umschichtung des Handels in Richtung Ost- und Südosteuropa ermöglicht hatten.

⁷⁸ Protokoll der Ministerratssitzung vom 12. 5. 1936, IMT XXVII, S. 140, Dok. PS-1301; weitere ähnliche Stellungnahmen auf Ministerratssitzungen am 27. 5. 1936, IMT XXVII, S. 144ff., Dok. PS-1301.

⁷⁴ Protokoll der Ministerratssitzung vom 27. 5. 1936, IMT XXVII, S. 145. Dok. PS-1301.

⁷⁵ Thomas, Wehrwirtschaftsgeschichte, S. 112.

⁷⁶ Sitzungsprotokoll der Ministerratssitzung vom 15. 5. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 447 ff.

Für die Förderung des Exports innerhalb des bestehenden, von Schacht geschaffenen institutionellen Rahmens wurden im Sommer 1936 eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Man erörterte die Möglichkeit einer Mark-Abwertung, eine Bevorzugung der Exportfirmen in der Rohstoffwirtschaft, eine Erweiterung des Subventionssystems und sogar eine Intensivierung des Handels mit der Sowjetunion, der wegen der antisowjetischen Politik des Regimes 1936 auf ein Fünftel (!) des Standes von 1932 gesunken war. Diese Vorschläge kamen nicht aus dem Wirtschaftsministerium, sondern wurden im Gutachterausschuß von der direkt interessierten Industrie oder von "neutralen" Instanzen oder Arbeitskreisen erhoben?7. Trotz aller Diskussionen und Vorschläge kam es jedoch zu keiner entscheidenden Revision der Außenhandelspolitik, da bei der gegebenen Beanspruchung des Produktionsapparates durch die Rüstung im Inland nicht viel mehr als bisher erwartet werden konnte.

So beschränkte man sich auf geringfügige Förderungsmaßnahmen für die Exportwirtschaft, die Oberst Thomas anläßlich der Exportförderungssitzung vom 1. Juli 1936 zu der pessimistischen Charakterisierung veranlaßten: "Ergebnis gleich Null. Es wurde festgestellt, daß es nicht angebracht wäre, neue Methoden einzuschlagen, sondern daß man nur gewisse Verbesserungen vornehmen wolle".78

Ein wesentlich zielstrebigeres Vorgehen zeigte sich bei den Planungsarbeiten zum Ausbau der heimischen Rohstoffbasis. Hier hat der Rohstoff- und Devisenstab in den wenigen Monaten seines Bestehens seine eigentliche Aufgabe gefunden und dabei auch die Grundlagen für die spätere Tätigkeit des Vierjahresplans geschaffen. Unmittelbar nach der Bildung des Rohstoff- und Devisenstabes hatte der Leiter des Stabsamtes, Oberstleutnant Löb, die Meinung vertreten, daß es möglich sei, innerhalb von zwölf Monaten die Mineralöl-Autarkie Deutschlands zu erreichen⁷⁹. Zwischen Mitte Juni und Mitte August 1936 wurden von der Abteilung "Forschung und Entwicklung" des Rohstoff- und Devisenstabes in Kooperation mit Industrie und Wissenschaft Pläne für den Ausbau der deutschen Rohstoffwirtschaft entwickelt⁸⁰. Weiterhin wurden Erhebungen über die in der Entwicklung befindlichen Verfahren zur Produktion von Ersatzstoffen vorgenommen und entsprechende Arbeiten gefördert.

Leitende Gesichtspunkte der Rohstoffplanungen vom Sommer 1936 waren die "Devisenentlastung" und die "Sicherung der deutschen Wirtschaft auf inländischer

No forderte Generaldirektor Vögler von den Vereinigten Stahlwerken eine Aktivierung des Rußlandhandels (siehe BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F F 5/203). Ein Ausschuß unter Vorsitz des ehemaligen Staatssekretärs Trendelenburg prüfte die "Rückwirkungen einer Währungsangleichung", und Prof. Ernst Wagemann (früher Chef des Statistischen Reichsamtes) wurde als Gutachter herangezogen. (Hierzu Göring an Schacht am 22. 8. 1937, IMT XXXVI, S. 554, Dok. EC-493.)

⁷⁸ Schreiben von Thomas an Chef des Wehrmachtsamtes im RKM vom 1. 7. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/233, S. 401.

⁷⁹ Erklärung Gramsch vom 11. 9. 1947, Dok. NID-12616.

⁸⁰ Die Pläne des Rohstoff- und Devisenstabes befinden sich im BA, Bestand Reichswirtschaftsministerium, R 25 RWM 23/57.

Rohstoffbasis". Im Mittelpunkt stand die Mineralölplanung⁸¹, doch wurden daneben Pläne für weitere 14 Sachgebiete aufgestellt. Damit sollten jährlich 600 Mill. RM Devisen gespart werden, wovon auf Mineralöl 250 Mill. RM, auf Textilien 150 Mill. und auf Kautschuk 42 Mill. RM entfallen sollten. Die überragende Bedeutung, die dem Mineralöl beigemessen wurde, zeigt sich an der Höhe der geplanten Investitionen. Zwei Milliarden RM sollten für den Ausbau der Mineralölproduktion aufgewendet werden, gegenüber 280 Mill. für die Kautschuk-, rund 80 Mill. für die Textilwirtschaft und 60 Mill. für die Eisenerzförderung. Die vorgesehenen Gesamtinvestitionen lagen bei mindestens drei Milliarden RM.

Mit diesem Ausbau sollte auf dem Mineralölgebiet bis Ende 1939 eine hundertprozentige Deckung des Mobilmachungsbedarfs erreicht werden⁸², bei Kautschuk bis Ende 1938 50% des Mobilmachungsbedarfs und 55-60% des Wirtschaftsbedarfs; die Textilversorgung sollte bis zum selben Zeitpunkt zu 30% auf Zellwolle basieren, bei technischen Fetten sollte der Wirtschaftsbedarf bis Ende 1938 zu einem Drittel gedeckt sein, bei Eisen hätte die Deckung weiterhin erheblich unter 50% gelegen. Der Rohstoffplan konnte demnach selbst bei voller Verwirklichung Deutschland keineswegs vollständig von der ausländischen Einfuhr unabhängig machen⁸³; immerhin wäre aber eine erhebliche Entlastung der Devisenbilanz eingetreten. Dieser Aspekt darf jedoch nicht überbewertet werden, da zumindest für Hitler und Göring die Vorbereitung für den Kriegsfall Vorrang besaß. Die genannten Planungen wurden im Herbst 1936 durch den Vierjahresplan erheblich geändert, doch hat die Aktivität des Rohstoff- und Devisenstabes die späteren Überlegungen stark beeinflußt. Obwohl der Rohstoffplan in der Fassung vom Sommer 1936 nicht verwirklicht wurde, bildete er somit das Modell der seit Oktober folgenden Vierjahresplanungen.

2. Die Krise im Sommer 1936

Die Aktivität des Göringstabes konnte nicht verhindern, daß im Sommer 1936 die schon länger schwelende Krise der Außen- und Rüstungswirtschaft in ein neues und entscheidendes Stadium trat. Es wurde schlagartig beleuchtet durch das drohende Devisendefizit von mehr als einer halben Milliarde RM und die Tatsache, daß die deutschen Munitionsbetriebe mangels genügender Rohstoffvorräte nur noch

⁸¹ Hierbei konnte der Rohstoff- und Devisenstab bereits auf einen Planentwurf des Wehrwirtschaftsstabes vom 27. 5. 1936 zurückgreifen, der Investitionen in Höhe von 1150 Millionen RM vorsah (PS-1301, IMT XXVII, S. 149).

⁸² Da man dies als unrealistisch empfand, wurde dann erneut auf die Angabe der 1. Planfassung zurückgegriffen, wonach bis Mitte 1938 eine Deckung des Mob-Bedarfs (außer Heizöl) von 60-70 % erreicht sein sollte.

⁸³ Selbst bei Verwirklichung der Vorschläge des Rohstoffstabes wäre nur ein Drittel des durchschnittlichen jährlichen Rohstoffimports (Durchschnitt der Jahre 1935–1938) gedeckt gewesen und die Hauptlast weiterhin beim Außenhandel gelegen.

zu 70% ihrer Kapazität genutzt werden konnten⁸⁴. Zur selben Zeit standen die Vorschläge zur Exportausweitung und zur Vergrößerung der deutschen Rohstoffproduktion erst auf dem Papier. Der Export begann zwar gegenüber dem vergangenen Jahr dank einer vergrößerten Weltmarktnachfrage allmählich zu steigen, doch wurden beileibe nicht alle vorhandenen Möglichkeiten genutzt, da das risikolosere Inlandgeschäft die Ausfuhrfreudigkeit der Unternehmer dämpfte. So erklärt es sich, daß der Außenhandel 1936 erst den Stand von 1933 erreichte, der industrielle Produktionsindex dagegen 50% höher lag als 1933.

Angesichts dieser Differenz von außen- und binnenwirtschaftlicher Entwicklung, die Gradmesser der wachsenden Rohstoff- und Devisenverknappung war, schien nur die Anpassung des Bedarfs an das zu geringe Rohstoffaufkommen einen schnellen Ausweg aus der Krise zu bieten. Das setzte eindeutige politische Prioritäten voraus, da entweder der Rüstungsaufwand oder der private Verbrauch gekürzt werden mußten. Eine Minderung des Massenkonsums an importierten Waren und Nahrungsmitteln war aber kaum mehr möglich, da er bereits in den beiden vorausgegangenen Jahren zugunsten rüstungswichtiger Einfuhren gekürzt worden war. Im Gegenteil: Die Devisenanforderungen des Ernährungsministeriums für das zweite Halbjahr 1936 erhöhten sich sogar auf 852 Mill. RM, so daß der ursprüngliche Voranschlag, den Staatssekretär Backe im Oktober 1934 dem Kabinett unterbreitet hatte, um 100% überschritten wurde⁸⁵. Die Forderungen der Wehrmacht wiesen ebenfalls auf eine weitere Verschärfung der Krisenlage hin. Im August 1936 verlangte der Kriegsminister eine Erhöhung des Wehretats für das laufende Rechnungsjahr von 10 auf 13,6 Mrd. RM, um die beschleunigte Aufstellung von 36 Heeresdivisionen bis Oktober 1936 und den Aufbau der Luftwaffe bis April 1937 abschließen zu können⁸⁶. Diese enorme Forcierung der Rüstung drückte sich darin aus, daß 1936 der Wehrmachtsbedarf an Rohstoffen, wie der Wehrwirtschaftsstab errechnete, beinahe das Doppelte des Jahres 1935 betrug⁸⁷. Damit wurde deutlich, daß sich die Ziele der Aufrüstung und einer besseren oder auch nur gleichbleibenden Versorgung ausschlossen, falls es nicht gelang, mit neuen Methoden das Versorgungsproblem zu lösen.

Göring versuchte zunächst, einer Entscheidung auszuweichen, indem er die Erfassung aller "in deutschem Besitz befindlichen ausländischen Wertpapiere sowie die beschleunigte Eintreibung deutscher Warenaußenstände und die mögliche Realisierung deutscher Auslandsbeteiligungen" anordnete⁸⁸. Diese Sonderaktion,

Angaben des Oberkommandos des Heeres (OKH) in Schreiben des OKH an WStb am 3. August 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 387/389.

⁸⁵ Memorandum des Wehrwirtschaftsstabes, das von Blomberg am 27. 8. 1936 signiert wurde; BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203; S. 145-165.

⁸⁶ Schreiben von Blomberg an Schacht vom 31. 8. 1936, Dok. PS-1301, IMT XXVII, S. 150ff.

⁸⁷ Zum Rohstoffbedarf der Wehrmacht in den Jahren 1935 und 1936, Dok. PS-1301, IMT XXVII, S. 125f. Danach stieg der Bedarf z. B. bei Eisenerz (in fe) von 80000 auf 130000 moto, bei Mangan von 4000 auf 7000 moto, bei Blei von 3520 auf 6500 moto.

⁸⁸ Schreiben von Schacht an Göring vom 5. 8. 1937, Dok. EC-497, IMT XXXVI, S. 574. Die

seit August 1936 gegen den heftigen Widerstand von Schacht durchgeführt, brachte eine einmalige Devisensumme von einer halben Milliarde RM, die jeweils zur Hälfte für die Einfuhr von Nahrungsmitteln und zur Deckung des dringendsten Rohstoffbedarfs verwendet wurde⁸⁹. Für den Augenblick konnte man auf diese Weise durch Ausschöpfung der letzten Reserven die größten Schwierigkeiten lösen, doch war es Göring wie den Verantwortlichen des Wirtschaftsministeriums klar, daß eine derartige – nicht wiederholbare – Maßnahme keine echte und dauerhafte Lösung darstellte.

Göring forderte deshalb zu den bereits vorliegenden Gutachten weitere Denkschriften an, um neue Wege zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu finden. Auch der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister und Preiskommissar Carl Goerdeler, der in Wirtschaftskreisen hoch angesehen war, wurde am 7. August 1936 beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten 190, wobei ihm die schon früher erstellten Memoranden von Trendelenburg und Thomas übergeben wurden 11. Ende August hatte Goerdeler die vorläufige Fassung einer Denkschrift fertiggestellt, in der er, entsprechend seinen liberal-konservativen Wirtschaftsanschauungen, den Abwertungsvorschlag des Trendelenburg-Ausschusses übernahm und freien Außenhandel, eine restriktive Budgetpolitik sowie Einschränkung der Rüstung und der Rohstoffeinfuhren vorschlug, auch wenn dadurch die Zahl der Arbeitslosen vorübergehend um über zwei Millionen ansteigen sollte. Ersatzstoffproduktion und andere Autarkiemaßnahmen lehnte Goerdeler ab.

Diese Vorschläge bedeuteten das Gegenteil von dem, was Hitler, Göring und der Reichskriegsminister wollten. Göring bezeichnete die Denkschrift in der Ministerratssitzung am 4. September als "völlig unbrauchbar"⁹². Schacht andererseits, dem der Inhalt der Denkschrift bereits in den letzten Augusttagen bekannt war, sah darin offenbar eine willkommene Rückenstärkung, die ihn veranlaßte, bei Göring auf grundsätzliche Entscheidungen in der Frage der Außen- und Devisenwirtschaft zu drängen⁹³. Um die Wirtschaftspolitik in seinem Sinn zu beeinflussen, trat Schacht sogar den Weg an die "Öffentlichkeit" an, indem er am 20. August vor

Rechtsgrundlage boten das Gesetz über die Devisenbewirtschaftung vom 4.2.1935 (RGBl I, 1935, S. 105ff.) sowie die verschiedenen Durchführungsverordnungen. Eine genauere Regelung erfolgte durch die 7. DVO vom 19.11.1936 (RGBl 1936, S. 946), die den Depotzwang für ausländische Wertpapiere festlegte.

⁸⁹ Göring an Schacht am 22. 8. 1937, EC-493, IMT XXXVI, S. 557 f.

⁹⁰ So Gerhard Ritter (Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1955), S. 80 ff

⁹¹ Thomas dürfte sich hierin für eine Beschränkung der Rüstung und Steigerung des Exports ausgesprochen haben, da er in der Wehrwirtschaftsgeschichte (S. 114) schreibt: "Der Wehrwirtschaftsstab unterstützte ... gegen die Auffassung der Wehrmachtsteile die deutschen Exportbestrebungen mit aller Energie, auch wenn dadurch in einzelnen Punkten der glatte Ablauf der Rüstung für kurze Zeit gestört wurde."

⁹² Protokoll der Ministerratssitzung vom 4. 9. 1936, Dok. EC-416, IMT XXXVI, S. 490.

⁹⁸ Siehe Schreiben von Göring an Schacht vom 22. 8. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 287 ff.

den Gauleitern, Reichsstatthaltern und preußischen Oberpräsidenten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten darlegte und die Wiedereinsetzung Goerdelers als Preiskommissar forderte ⁹⁴. Schacht – selbst in der Partei ziemlich mißliebig – suchte mit diesem Schritt einerseits der weitverbreiteten Unzufriedenheit entgegenzuwirken, die innerhalb der NSDAP und besonders unter den Gauleitern wegen mangelhafter Information über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen herrschte, gleichzeitig aber auch die wachsende Opposition gegenüber einer Wirtschaftspolitik auszunutzen, die die Last der Aufrüstung einseitig der Arbeiterschaft aufbürdete, welche die Partei für sich zu gewinnen suchte.

Schachts Versuch, damit auf dem Höhepunkt der Krise eine ihm genehme Entscheidung über die Generallinie der Wirtschaftspolitik zu erzwingen, mißlang jedoch. Göring weigerte sich, Schachts Forderung nach einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Diskussion im Ministerrat nachzukommen. Alle wichtigen Entscheidungen sollten bis in die zweite Septemberhälfte verschoben werden, angeblich – so Göring dem drängenden Schacht gegenüber – weil es noch an genauen Unterlagen fehlte und bislang nicht alle angeforderten Gutachten vorlagen. Tatsächlich hatte sich Göring mit Blomberg, dessen vordringliche Wünsche im August mit Sonderdevisen erfüllt worden waren, auf diese Verzögerungstaktik geeinigt. Beide wußten von der Absicht Hitlers, auf dem bevorstehenden Parteitag grundlegende Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik zu verkünden, die ganz ihren Absichten entsprechen würden.

3. Hitlers Denkschrift

Unter dem Eindruck der akuten Krise hatte sich bei Hitler im August 1936 endgültig die Einsicht durchgesetzt, daß die Wirtschaftspolitik Schachts und seine eigenen rüstungspolitischen Ziele, vor allem Umfang und Tempo der von ihm gewünschten Aufrüstung, nicht mehr miteinander vereinbar waren. In einer grundlegenden Denkschrift, die zu den wichtigsten Zeugnissen der langfristigen Ziele des Regimes zählt, legte Hitler seine Ansichten zur wirtschaftspolitischen Lage und zum künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik nieder. Welch große Bedeutung Hitler dieser Denkschrift zumaß, geht schon daraus hervor, daß 1936 nur Göring und Blomberg ein Exemplar erhielten und als einzige den vollständigen Text erfuhren. Ein drittes Exemplar überreichte Hitler 1944 dem Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, nach dessen Zeugnis mit den Worten: "Der Unverstand des Reichswirtschaftsministeriums und der Widerstand der deutschen Wirtschaft gegen alle großzügigen Pläne habe ihn veranlaßt, diese Denkschrift auf dem Obersalzberg auszuarbeiten."95

Nach Speers Schätzung entstand die Denkschrift im August 1936. Diese Ver-

⁹⁴ Hierzu Protokoll der Besprechung von Schacht mit den Reichsstatthaltern und Oberpräsidenten am 20. 8. 1936, BA Wehrwirtschaft-Rüstung Wi I F 5/203, S. 293 ff.

⁹⁵ Hierzu Dok. NI-4955, Aussage Speer vom 22. 8. 1945.

mutung wird durch die dargestellte Krisenentwicklung im Sommer 1936 bestätigt. Hitler war offenbar von Göring laufend über die strittige Diskussion zur Behebung der Rohstoff- und Devisenprobleme informiert worden, worauf schon die in der Denkschrift enthaltenen Hinweise auf die Widerstände von Teilen der Industrie und des Wirtschaftsministeriums gegen die Produktion von Ersatzstoffen deuten. Hitler hatte von Göring nach Einrichtung des Rohstoff- und Devisenstabes Vorschläge zur Überwindung der Krise und zur Sicherung der Aufrüstung verlangt, die ihm dieser in Form der am 15. August 1936 fertiggestellten Rohstoffpläne vortrug⁹⁶. Daraufhin hat Hitler wohl zwischen Mitte und Ende August seine Denkschrift verfaßt, die zur programmatischen Grundlage der Vierjahresplanpolitik werden sollte.

Die Denkschrift zerfällt in einen allgemein-politischen und einen wirtschaftspolitischen Teil⁹⁷. Dabei besteht zwischen beiden Teilen ein enger Zusammenhang, da es Hitlers Absicht war, die Funktionen der deutschen Wirtschaft innerhalb seines politischen Gesamtkonzepts festzulegen. Für ihn typisch, entwickelt Hitler zunächst seine sozialdarwinistische Geschichtsphilosophie. Bewegendes Prinzip aller Geschichte ist für ihn der Lebenskampf der Völker um die "Behauptung des Daseins". Die moderne Variante dieses Kampfes sei die Auseinandersetzung Deutschlands mit "Marxismus und Judentum" - so die Umschreibung der Sowjetunion, auf deren Kosten die nationalsozialistische Raumpolitik verwirklicht werden sollte. Neben Deutschland sind für Hitler nur noch Italien und Japan in der Lage, den Kampf mit dem Weltbolschewismus aufzunehmen - ein sehr direkter Bezug auf den unmittelbar bevorstehenden Antikominternpakt. Nachdem der Feind fixiert ist, zieht Hitler die politische Konsequenz: "Gegenüber der Notwendigkeit der Abwehr dieser Gefahr haben alle anderen Erwägungen als gänzlich belanglos in den Hintergrund zu treten!" Das bedeutete für Hitler insbesonders, daß "das Ausmaß und das Tempo der militärischen Auswertung unserer Kräfte . . . nicht groß und nicht schnell genug gewählt werden [können]", da Deutschland die stärkste Armee der Welt brauche, um in dem gigantischen Kampf der Völker bestehen zu können.

Dabei sollte es die Aufgabe der Wirtschaft sein, die Voraussetzungen "für die Selbstbehauptung" des Volkes zu schaffen. Das bedeutete, daß sie das notwendige Rüstungspotential bereitzustellen hatte, um der Auseinandersetzung gewachsen zu sein. Angesichts der Begrenztheit der deutschen Wirtschaftskraft und der Enge des Raumes war es für Hitler ausgemacht, daß eine endgültige Sicherung der Existenz des deutschen Volkes letztlich nur durch "Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis" möglich sei. Die Alternative hierzu war für ihn die Gefahr, daß ein Teil des Volkes wegen Unterernährung und Hunger "als wertvoller

⁹⁶ Hierauf deutet etwa die Forderung Hitlers in seiner Denkschrift hin, daß Deutschland in 18 Monaten auf dem Treibstoffsektor unabhängig sein müsse. Tatsächlich sahen die Planungen vom 15. August 1936 weitgehende Unabhängigkeit bis April 1938 vor. Hitler hätte kaum selbständig einen derart zeitlich begrenzten Ausbau gefordert; er muß die Planungen gekannt haben.

⁹⁷ Siehe W. Treue, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, Jg 3 (1955), S. 184ff.

Faktor des Volkskörpers" abzurechnen wäre, womit wiederum die Überlebenschance des gesamten Volkes in Frage gestellt sei. Die deutsche Wirtschaft konnte nur übergangsweise die völkische Existenz sichern, doch selbst dafür bedurfte es einer grundlegenden Revision der bisherigen Politik.

Die Wirtschaft hatte demnach eine Doppelfunktion zu erfüllen: Einmal in den nächsten Jahren die wirtschaftlichen Existenzbedingungen innerhalb des vorgegebenen Rahmens zu garantieren und zum anderen die Voraussetzungen für die "endgültige Behauptung" zu schaffen. Das bedeutete, entsprechend der militärischen eine wirtschaftliche Aufrüstung in die Wege zu leiten und jede Maßnahme der Wirtschaftspolitik auf das Endziel abzustimmen. In einer Übergangszeit sollten zwar die notwendigen Einfuhren an Nahrungsmitteln aufrechterhalten werden, doch sollten sie keinesfalls "auf Kosten der nationalen Aufrüstung" gehen. Mehr als eine ergänzende Rolle konnte nach Hitlers Meinung der Außenhandel aber auch in naher Zukunft nicht spielen, da angesichts der weltweiten Absatzkonkurrenz für die deutsche Wirtschaft kaum zusätzliche Exportmärkte gefunden werden konnten. Hitlers Übergangsprogramm für die Wirtschaft wies deshalb den Weg der Rohstoffautarkie, der mit den Plänen der Industrie, der Wehrmacht und des Rohstoff- und Devisenstabes bereits vorbereitet worden war. Im einzelnen forderte er:

- 1. Entsprechend der militärischen und politischen Aufrüstung habe die wirtschaftliche zu erfolgen.
- 2. Zu diesem Zweck seien überall dort, wo der Bedarf durch Eigenproduktion gedeckt werden könne, "Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung nur durch Import erfahren können".
- 3. Der Ausbau der deutschen Brennstofferzeugung "sei innerhalb von achtzehn Monaten" abzuschließen.
- 4. Die Massenfabrikation von synthetischem Kautschuk müsse durchgeführt werden.
- 5. Der Ausbau der deutschen Eisenerzbasis, die synthetische Herstellung industrieller Fette, die erhöhte Förderung all jener Verfahren, die Deutschland in der Rohstoffversorgung vom Ausland unabhängig machen würden, seien beschleunigt in die Wege zu leiten.

Darüber hinaus sollte auf allen Gebieten, da dies angängig sei, die ehestmögliche Selbstversorgung "ohne Rücksicht auf die Kosten" verwirklicht werden. Damit wurde jene von Göring und dem Kriegsministerium vertretene Doktrin zur Leitlinie der Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftlichkeitsargumente im Zweifelsfall dem Primat der Wehrwirtschaft unterordnete. Es ist deshalb nicht überraschend, daß Hitler in der Denkschrift mit allen jenen abrechnet, die sich – wie Schacht und Teile der Industrie – bisher geweigert hatten, die Autarkiepolitik als alleinige Richtschnur der deutschen Wirtschaftspolitik gelten zu lassen, und mit sachlichen Argumenten für ein verlangsamtes Tempo der Rüstung eingetreten waren. So heißt es: "Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft oder für die Wirtschaftsführer, Wirtschaftsoder Finanztheorien, sondern die Finanz und die Wirtschaft, die Wirtschaftsführer

und alle Theorien haben ausschließlich diesem Selbstbehauptungskampf unseres Volkes zu dienen." Dabei läßt es Hitler aber nicht bewenden, denn überall, bei den "schlauen Wirtschaftspolitikern" des Wirtschaftsministeriums, den "Theoretikern" und jenen Zweigen der Industrie, die wirtschaftliche Gesichtspunkte über politische stellen, wittert er Obstruktion, Verrat und Widerstand gegen seine Pläne. Der bisherigen Wirtschaftspolitik wirft er vor, sie habe beinahe "vier kostbare Jahre" nutzlos verstreichen lassen. Der Industrie, die die "neuen Wirtschaftsaufgaben" nicht begreift, d.h. Bedenken gegen die Autarkisierung äußert, droht er, daß "nicht Deutschland zugrunde gehen [wird], sondern es werden dies höchstens einige Wirtschaftler", zumal "der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen" wird, falls "die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein . . . " All jenen, die es weiterhin wagen sollten, "eine bewußte Sabotage der nationalen Selbstbehauptung" zu betreiben, droht er mit Todesstrafe, wobei für ihn der aktuelle Anlaß die Sicherstellung aller im Ausland vorhandenen Devisenreserven ist. Nach diesen Drohungen gipfelt die Denkschrift schließlich in der Forderung, daß Armee und Wirtschaft in vier Jahren "einsatzfähig" und "kriegsfähig" sein müßten.

Trotz der vielen situations- und zeitbestimmten Willensäußerungen liegt der eigentliche Schlüssel zum Verständnis der Denkschrift in dem Bezug auf den Kriegsfall. Für Hitler war die Revision der Wirtschaftspolitik Teil einer Gesamtstrategie, die bewußt den militärischen Konflikt einkalkulierte und dafür eine unverwundbare Wirtschaft benötigte. Die Hinweise auf die Krise des Jahres 1936 erklären wohl den Zeitpunkt und die konkrete Form der wirtschaftspolitischen Neuorientierung, nicht jedoch die Tatsache des nunmehr von Hitler vorgesehenen Kurswechsels. Auch ohne die Schwierigkeiten jenes Jahres wäre es wahrscheinlich über kurz oder lang zu einer "autarkistischen" Revision der Wirtschaftspolitik gekommen, wie sie Hitler bereits 1935 angekündigt hatte⁹⁸.

Die detaillierten wirtschaftspolitischen Forderungen nach einem breitgefächerten Rohstoffprogramm zeigen den Einfluß der schon 1933 und 1934 vom Wehrwirtschaftsstab und den I.G.-Farben vorgelegten Pläne. Neu war jedoch, wie nachdrücklich Hitler jetzt die Wirtschaftspolitik zum Instrument der Rüstungspolitik degradierte und wie offen er die wirtschaftliche Autarkie der künftigen Lebensraumsgewinnung zuordnete. Diese Verknüpfung beweist, daß Hitler spätestens im Sommer 1936 die gewaltsame Expansion bewußt in sein außenpolitisches Kalkül einbezog.

Hitler muß sich bewußt gewesen sein – das beweist seine scharfe Polemik gegen den Wirtschaftsminister –, daß der offene Übergang zur Autarkisierung und Militarisierung der Wirtschaft aus verschiedenen Gründen nicht mit einer Wirtschafts-

⁹⁸ Auf dem Parteitag 1935 hatte Hitler ausgeführt: "Soweit... unser Export nicht die Mittel zum Einkauf der für uns notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel zur Verfügung stellt, haben wir uns entschlossen, durch die Produktion eigener Werkstoffe Deutschland vom Import unabhängig zu machen." (Der Parteitag der Freiheit vom 10.–16. September 1935, München 1936, S. 37.)

verwaltung zu vollziehen war, an deren Spitze Schacht stand⁹⁹. Die Ziele Hitlers waren mit dessen Ansichten und Methoden nicht in Einklang zu bringen. Die unorthodoxe Wirtschaftspolitik in den ersten Jahren des Regimes, wie etwa der Neue Plan oder die Art der Rüstungsfinanzierung, wurden von Schacht als Übergangsmaßnahme bis zur "Normalisierung" der inneren und äußeren Wirtschaftsbeziehungen gewertet und so auch gerechtfertigt. Einer Wirtschaftspolitik, die bewußt Wirtschaftlichkeitsüberlegungen beiseite schob und neue, bis dahin unbekannte Aufgaben der Planung und Plandurchführung stellte, setzte Schacht als Exponent der konservativen Wirtschaftsbürokratie Widerstand entgegen. Hitler hatte deshalb schon im Frühjahr 1936 einen von Schacht unabhängigen Wirtschaftsstab geschaffen, dem er nunmehr auch die Aufgaben einer neuen Wirtschaftspolitik übertragen konnte. Hitler konnte sich dabei auf die Erweiterung der Göringschen Vollmachten beschränken und die künftige Entwicklung seinem ehrgeizigen und an Rohstoffen unmittelbar interessierten Luftfahrtminister überlassen. Es entsprach dabei ganz dem üblichen taktischen Verfahren Hitlers, daß er 1936 die beiden so verschiedenen Exponenten der Wirtschaftspolitik im Amt beließ, obwohl es sich längst abzeichnete, daß Schacht und Göring auf die Dauer nicht gleichzeitig aktiv sein konnten.

In welchem Maße Hitler seinen Wirtschaftsminister um diese Zeit bereits abgeschrieben hatte, zeigt sich daran, daß Schacht erst am 2. September von seiner Absicht erfuhr, auf dem bevorstehenden Parteitag ein großes Wirtschaftsprogramm zu verkünden. Die Denkschrift selbst kannte er nicht, so daß er sich der ganzen Tragweite von Hitlers Zielen nicht bewußt war. Doch schon das wenige, was er hörte, nahm er zum Anlaß, noch in den letzten Tagen vor dem Parteitag gegen die geplante Revision der Wirtschaftspolitik zu kämpfen. Schacht befürchtete - ungeachtet seiner grundsätzlichen Bedenken -, daß ein Autarkieprogramm die Beziehungen zum Ausland und die deutschen Exportchancen schwer beeinträchtigen würde, ohne daß der Plan echte Fortschritte in der Ersatzstoffproduktion garantiere. Er versuchte, durch Oberst Thomas den Kriegsminister gegen die Absichten Hitlers zu mobilisieren. Noch später glaubte er, Blomberg "wäre der einzige von allen Ministern gewesen, auf den Hitler vielleicht gehört hätte"100. Schacht bemühte sich, das Eigeninteresse Blombergs zu nutzen, indem er darauf hinwies, daß die Forcierung des Rohstoffausbaus Aufrüstung und Nahrungsmittelversorgung gefährden würde.

Schachts Intervention war jedoch vergebens, da der Kriegsminister sich mit

Typisch zur Haltung Hitlers gegenüber der Konzeption Schachts sind seine nachfolgenden Ausführungen im Führerhauptquartier im Jahre 1941: "Gerade für die Führung eines Krieges sei es entscheidend, daß man bereits die Friedensrüstung ausschließlich auf die erforderlichen Kriegsleistungen und den anzustrebenden militärischen Erfolg abstelle. Das habe ein Mann wie Schacht völlig verkannt und ihm, dem Chef, seine Aufrüstungsarbeit dadurch außerordentlich erschwert." (Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941/42, hg. von P. E. Schramm, A. Hillhuber, M. Vogt, Stuttgart 1963, S. 273.)

¹⁰⁰ Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953, S. 464.

Göring längst arrangiert hatte und die Ziele der Denkschrift kannte und billigte. In der Ministerratssitzung am 4. September 1936 konnte deshalb Göring Schacht und die übrigen Kabinettsmitglieder vor vollendete Tatsachen stellen. Er verlas in autoritativer Form Auszüge der Denkschrift als "Generalanweisung" für die Durchführung und Sicherstellung der Rüstung¹⁰¹. Den Ministern gegenüber motivierte er den vorgesehenen Vierjahresplan damit, daß die vorliegenden Denkschriften gezeigt hätten, daß eine Lösung des Devisenproblems nicht über eine weitere Exportförderung möglich sei. Über den politischen Sinn des Programms wurde kein Minister im Zweifel gelassen, als Göring die Sitzung mit den Worten schloß: "Alle Maßnahmen haben so zu erfolgen, als ob wir im Stadium der drohenden Kriegsgefahr uns befänden." Fünf Tage später verkündete Hitler in Nürnberg der deutschen Öffentlichkeit sein neues Programm, den zweiten Vierjahresplan.

¹⁰¹ Protokoll der Ministerratssitzung vom 4. 9. 1936, Dok. EC-416 IMT XXXVI, S. 488 ff.